



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

344 (30.7.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-186582](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-186582)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Fritz Godebaum, Verantwortlich für Politik: J. D. R. Schöcherer, für Redaktion: L. B. A. Mahrens, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil: R. Schöcherer, für Druck: Franz Krieger, für Anzeigen: Anton Erlwein, Druck und Verlag: Friedrich Dr. Hans Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mittelstraße in Mannheim, Druck-Verlagsgesellschaft Mannheim, Postfach-Nr. 17300 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940-7946.

Badische Neueste Nachrichten Amtliches Verkündigungsblatt

Abonnementpreise: Die Spalte, Kolonnen zu 20 Pf., Finanz-Anzeigen und Anzeigen von Verlags- und Geschäftsbetrieben 60 Pf., Kolonnen zu 2 50. Anzeigenblätter: Mittagsblatt vormitt. 6^h, Uhr, Abendblatt nachmittags 7^h, Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Belegporto. Postbezug: Direct, III. 7. 92 einjähr. Subskriptionsgebühr. Bei der Post abgeholt III. 7. 20. Einzel-Nr. 10 Pf.

Die Enthüllungen Erzbergers.

□ Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der Enthüllungszug ist, wenigstens vorläufig, beendet. Die Weimarer Debatten über diesen Gegenstand sind abgeschlossen. Die Erregung ist ab. Ein paar Nachhutsgefühle werden noch in Berliner Blättern geliebert.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist in der Lage, aus einem Brief, den Dr. Michaelis gestern dem General Ludendorff geschickt hat, folgende Stelle zu zitieren, die sich auf den wiederörterten Kronrat bezieht: „Nach meiner Erinnerung liegt die Sache so, daß in der Kronratsitzung davon gesprochen worden ist, daß ein Fühler von England vorliege, daß aber abgesehen vom Kaiser und mir nichts darüber gesagt wurde. Auf welchem Wege der Fühler an uns gelangt ist, dies sollte absolut geheim bleiben.“

Daselbe Blatt berichtet dann noch über Herrn Erzbergers Vergangenheit das Folgende: Die Vertreter der rheinischen Industrie, besonders Herr August Thyssen, hielten den Erwerb von Brügge und Longwy für notwendig und teilten das dem Abg. Erzberger mit. Herr Erzberger hat damals, im Juni 1917, also 4 Wochen vor der Friedensresolution, die Berechnung dieser Annetion anerkannt. Er hat sich auch bereit erklärt, Herrn Dr. Reichert, dem Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, zu empfangen und ihn darüber zu belehren, wie solche Annetionen schmachhaft zu machen wären. Er teilte Herrn Dr. Reichert mit, daß er selbst, also Herr Erzberger, einen entsprechenden Artikel an die Gewerkschaftszeitung der christlichen Metallarbeiter langieren werde. Derlei Artikel sind in der Tat dort dann erschienen.

Kein Friedensangebot im Jahre 1917.

Verfaßtes, 29. Juli. (WB.) Die gesamte Pariser Morgenpresse veröffentlicht die Erklärungen Ribots im „Temps“ über die Enthüllungen Erzbergers. Einem Vertreter „Greffier“ sagte Ribot, Erzberger sei zu den Enthüllungen nur aus alldemselben Gründen getrieben worden. Er bediente sich aller Waffen, die ihm in die Hände fielen, um die Alldeutschen, die immer noch sehr einflußreich seien, zu bekämpfen. Indem er gegen die militaristische Partei vorgehe, habe er immer noch den Vorteil, eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen den englischen und französischen Diplomaten herauszubilden zu können. Ein Glück für Erzberger und ein Glück für Frankreich sei, daß die deutschen Mittel so plump erschienen, daß man mit Leichtigkeit ihre Absichten erkennen könne. England werde ohne viel Mühe seine vollkommene diplomatische Korrektheit beweisen können. Nicht einen Augenblick sei Frankreich in die Falle gegangen, die ihm gestellt worden sei. Frankreich habe nicht daran denken können, dem verantwortlichen Urheber des ungerechten und wilden Krieges Vorschlag zu machen, solange nicht von seinem legitimen Anrecht auf Elsass-Lothringen gesprochen worden sei.

„Petit Journal“ sagt, die Deutschen seien im Begriff, ihre schmutzige Wäsche zu waschen. Der Streit sei entstanden, weil die Alldeutschen Erzberger unter allen Umständen stützen wollten. Das Blatt gibt folgende Einzelheiten der Unterredung, die zwischen dem Kardinalstaatssekretär Caspari und dem englischen Gesandten beim Vatikan, Graf Sain, stattgefunden hat. Der Kardinal habe herausgefunden, daß die mündliche Erklärung des englischen Gesandten der päpstlichen Friedensnote nur einen geringen Erfolg sichere. Er hat deshalb den englischen Gesandten ersucht, der sein Aide Memoire in der Hand hatte, ihm dieses Dokument zu überlassen, damit er seinen Inhalt genau wiedergebe. Sain hat darauf von dem Schreibstisch des Kardinals eine Schere genommen und den Kopf des Briefes von Balfour an den Gesandten weggeschnitten, damit das Dokument jeden diplomatischen Wert verlöre. Caspari habe alsdann das dem Runtius Parcell mitgeteilt. Es handelt sich also, sagt das „Petit Journal“ weiter, um eine Anzahl Mißverständnisse, die vielleicht für die diplomatische Geschichte des Krieges interessant seien, aber Deutschland nicht berechtigen, von einem Friedensangebot zu sprechen. Würde es das aber doch tun, dann handle es im schlechtesten Glauben. Frankreich habe sich lediglich formell der englischen Demarche angeschlossen, aber nicht ohne Zaudern und Strupel.

Sitzung des Obersten Rates der Alliierten.

Beratungen des interalliierten Obersten Rates.

□ Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Der interalliierte Oberste Rat hielt heute Nachmittag eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung die Prüfung der noch nicht erledigten Punkte des Vertrages mit Bulgarien stand. Die bis jetzt über die Festlegung der bulgarischen Grenzen veröffentlichten Angaben sind, soweit sie die Dobrußtscha betreffen, nicht als endgültig anzusehen. Es ist wahrscheinlich, daß die Festlegung dieser Grenze direkten Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien vorbehalten bleiben sollen.

Die internationale Kommission, die beauftragt wurde, die Verträge von 1839 zu revidieren, trat heute morgen zum erstenmale zusammen. Der Franzose Barache führt den Vorsitz, der Engländer Tuston wurde zum Vizepräsidenten ernannt. In der heutigen ersten Sitzung gab der belgische Delegierte Segers eine historische Darstellung der zu behandelnden Fragen mit besonderer Berücksichtigung der geographischen Frage.

Die Internationale für die Fragen der Ostsee trat heute morgen zusammen und behandelte die Lage in Kurland und Livland; auch der interalliierte Oberste Rat wird zu dieser Frage Stellung nehmen.

Prüfung des österreichischen Friedensvertrages.

□ Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die Kommission, die auf Wunsch der italienischen Delegation die politischen Mängel des österreichischen Friedensvertrages nochmals zu prüfen hat, hielt heute eine Sitzung ab.

Ein Bündnisvertrag Amerikas mit Frankreich?

Washington, 28. Juli. (WB.) Nachzufolge Berichten, die Präsident Wilson mit Senatoren hatte, er-

kärten diese, daß der Präsident die Absicht habe, unverzüglich, jedenfalls noch heute, im Senat den Bündnisvertrag mit Frankreich in Form einer Mitteilung einzubringen. Nach einem Telegramm aus Washington an die „Times“, wird sich der Senat wahrscheinlich nicht vor Oktober über den Friedensvertrag aussprechen.

Demission König Peters von Serbien?

Bern, 29. Juli. Petit Parisien erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß König Peter von Serbien seinen Abschied eingereicht habe und sich in ein Kloster zurückziehen will.

Französisch-belgische Verhandlungen über das linke Rheinufer.

□ Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Wie aus Brüssel gemeldet wird, sind die zwischen dem belgischen nationalen politischen Komitee und dem französischen Komitee für das linke Rheinufer eingeleiteten Verhandlungen beendet, die den Zweck hatten, ein Einverständnis betreffend der verschiedenen Ansichten über die Rheinflüsse, zu erzielen und die Gesichtspunkte einer gemeinsamen französisch-belgischen Kommission zu prüfen. Die Delegationen gelangten zu einem Einverständnis unter Vorbehalt der Ratifikation der beiderseitigen Regierungen.

Wahl des Direktors des Reichs Hafens.

□ Paris, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Als Direktor des Hafens von Nehl wurde durch den interalliierten Obersten Rat der französische Brückenbauingenieur Detour ernannt, der auch von der französischen Regierung beauftragt wurde, die Oberleitung im Hafen von Straßburg zu übernehmen.

Das Schicksal der letzten deutschen und österreich. Kriegsschiffe.

□ Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der Oberste alliierte Rat hat das Schicksal der noch vorhandenen deutschen und österreichischen Kriegsschiffe besprochen. Frankreich verlangt die Teilung, Amerika und Italien verlangen Verfertigung. Die Entscheidung wurde vertagt, doch dürfte schließlich die Verfertigung siegen.

Noch keine Lösung der oberschlesischen Frage.

□ Weimar, 30. Juli. (Von unj. Vertreter.) Die oberschlesische Frage ist noch immer nicht der Lösung zugeführt worden. Im Verfassungsausschuß hat man sich mit dieser Frage beschäftigt, ist aber noch zu keinem Ergebnis gekommen. Die oberschlesische Arbeiterchaft befürchtet, daß bei der Gewährung einer Autonomie an Oberschlesien sie Aprien noch mehr ausgebeutet werden würde. Die mehrheitlich sozialdemokratischen Mitglieder des Verfassungsausschusses haben sich dieser Auffassung auch angeschlossen. Die Regierung behauptet in der oberschlesischen Frage bisher eine ziemlich unklare Haltung. Sie scheint, trotzdem die Frage sehr dringlich ist, sie auf die lange Bank schieben zu wollen.

Auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters von Kattowitz, was mit den Beamten geschehen soll, die in Oberschlesien zunächst ihre Posten verlassen müssen, hat die Regierung bis heute noch keine Antwort erteilt.

Berichterstattung über den Stand der Verhandlungen in Versailles.

□ Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Dieser Tage war die Kommission, welche mit den Verhandlungen über die Ausführung der Friedensbedingungen in Versailles betraut ist, zum Bericht in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen betreffen bekanntlich in erster Linie die Kohlenlieferungen, den Wiederaufbau und die Lieferung von Chemikalien. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, hat sich die Kommission von Berlin nach Weimar begeben, um dort die Reichsregierung über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten. Zwischen allen Beteiligten herrscht, nach derselben Quelle, Klarheit darüber, daß die Durchführung der Friedensbedingungen, besonders die Kohlenlieferungen Deutschland im nächsten Winter in die denkbar schwerste Lage versetzen dürfte. Indes gingen die Meinungen einheitlich dahin, daß energisch durchgegriffen werden müsse, um den Forderungen, soweit sie im Bereich der Möglichkeiten liegen, zu genügen. Die Kommission hat sich am 28. 7. nach Versailles zurückbegeben.

Deutsch-Österreich.

Tirol für Großdeutschland.

Die „Innsbrucker Nachrichten“ befassen sich in einem Artikel mit der Zukunft Nordtirols, dem nunmehr nichts anderes übrig bleibt, als den Anschluß an Deutschland zu suchen. In dem Artikel heißt es „Caportkommen können wir nur im Rahmen der deutschen Republik, dem sich Tirol unter Aufrechterhaltung seines Namens „Tirol“ als Gliedstaat anschließen muß. Nur so kann uns der Weg freigegeben werden für den Kampf um Südtirol.“ Der „Allgemeine Tiroler Anzeiger“ sagt, daß Tirol im Falle des Verlustes von Südtirol zur Erhaltung seiner Lebensfähigkeit keine andere Wahl mehr habe, als den Anschluß an die deutsche Republik. In Südtirol werde das Proletariat den Kampf um das Volkstum aufnehmen. Bisher habe Tirol auf ein Entgegenkommen der Entente gerechnet. Um diese Hoffnung endgültig betrogen, bleibt kein anderer Weg mehr übrig, als der Anschluß an die Deutsche Republik, der die im Kampfe um Südtirol notwendige Rückenbedeckung verbürge.

Der deutschösterreichische Staatsvoranschlag.

Wien, 29. Juli. (WB.) Korrespondenzbüro. Der der Nationalversammlung heute vorgelegte Staatsvoranschlag für 1919-20 weist an Ausgaben 8441, an Einnahmen 3454 Millionen Kronen auf, also einen Fehlbetrag von 4987 Millionen, einschließlich der Staatsausgaben und Einnahmen der der österreichischen Verwaltung zurzeit entzogenen Gebiete, insbesondere Deutschböhmens und des Sudetenlandes. Ohne diesen bleiben einschließlich des Anteiles an den Liquidations-Ausgaben und -Einnahmen des früheren Österreichs 6546 Millionen Staatsausgaben von 2548 Millionen Staatseinnahmen und somit ein Fehlbetrag von rund 4 Milliarden.

Von den Staatsausgaben entfallen auf den Staatsschuldendienst Deutsch-Österreichs 161½ Millionen, für den Sicherheitsdienst 358½ Millionen, auf soziale und Kriegsmassnahmen, insbesondere Ernährungsmaßnahmen 3 Milliarden, auf Liquidationsausgaben, eingeschlossen den Anteil im Staatsschuldendienst Österreichs, 1180 Millionen, auf die Verwaltung der Monopole der Staatsbetriebe und der übrigen Staatsverwaltungszweige, einschließlich der Levetungszuschüsse rund 1,400 Milliarden Gesamt-Personalaufwand. Die gesamten Staatseinnahmen betragen nur 40,9 Prozent der Ausgaben, die Einnahmen aus den offiziellen Abgaben allein (1,030 Millionen), bedeuten nicht einmal den Personalaufwand. Die Staatsbahnen haben einen Fehlbetrag von 816½ Millionen, die Post von 165 Millionen. Das Finanzgesetz erhöht die im Budgetprovisorium bewilligte Kreditermächtigung von 2 auf 4 Milliarden Kronen. Der Staatsvoranschlag berücksichtigt die Wirkungen des Friedensvertrages noch nicht. Sie werden nach der Ratifikation des Friedensvertrages in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag zusammengefaßt.

Nationalversammlung.

Weimar, 29. Juli. (W. B.) Die Nachmittags- und Nationalversammlung begann mit einem tumultartigen Beispiel.

In Hessen ist seit sechs Tagen eine Anzahl Schloßhof-Gefangenen in den Hungerstreik getreten. Die Unabhängigen forderten nun in einem schleunigen Antrag, den der Präsident sofort zur Beratung stellte, die Gefangenen unverzüglich frei zu lassen. Während der Begründung des Antrages des Unabhängigen Bruch und der Antwort des Reichswehrministers Koste, der die Maßnahmen der Regierung rechtfertigte, kam es zu einem herabwürdigenden Lob der Unabhängigen — wobei sich Frau Nieg durch fortwährende Zwischenrufe auszeichnete — daß der Präsident nur mühenlos die Krone wieder herstellen konnte. Ablehnung des Antrages, für den nur die beiden sozialdemokratischen Parteien stimmten, gab den Unabhängigen erneuten Anlaß zu lauten Pfuiereien. Hieraus kam die dritte Lesung der Verfassungsvorlage eingetreten werden, die mit der in der zweiten Lesung zurückgestellten Generaldebatte begann.

Eingeleitet wurde diese durch ein ausföhrliches Referat des früheren Reichsministers des Innern, des jetzigen Reichskommissars Dr. Freund, der nochmals die ganze Entstehungsgeschichte der Verfassung rekapituliert. Von den Parteien kamen der Reichssozialist Kahenstein, Demokrat Hausmann und Spahn-Jentram zum Wort, aus deren Reden die Erkenntnis hervorging, daß durch diese Verfassung das Band zwischen Nord und Süd noch mehr geknüpft worden sei.

Die Beratung wurde auf Mittwoch 10 Uhr vertagt.

Öffentlicher Verkehr der Nationalversammlungsbetriebe.

□ Weimar, 29. Juli. (Von unj. Vertreter.) Der demokratische Wg. Koch-Haefel hat in der Nationalversammlung angeordnet, in eine Prüfung der Frage einzugehen, ob nicht die steno-graphischen Berichte der Nationalversammlung den Verkehren, Bäckereien und sonstigen Bildungsanstalten zur Verfügung gestellt und ob sie durch den Buchhandel und Straßenerwerb unverzüglich der Allgemeinheit zu einem so niedrigen Preise zugänglich gemacht werden könnten, daß sie von jedem erstanden werden können.

Art der Reichspräsidenten-Wahl.

□ Berlin, 30. Juli. (Von unj. Berl. Büro.) Die Sozialdemokratie hat zur 3. Lesung des Verfassungsentwurfes einen Abänderungsantrag eingebracht, wonach der Reichspräsident nicht von der gesamten Bevölkerung, sondern vom Reichstag und vom Reichsrat gewählt werden soll.

Arbeiten des Steuerausshusses.

□ Weimar, 29. Juli. (Von unserem Vertreter.) In dem Steuerzuschuß ist in den letzten Tagen, trotzdem das Plenum durch Vor- und Nachmittagsitzungen überlastet war, fleißig gearbeitet worden. Der Ausschuß trat meist, da der Tag durch die Vor- und Nachmittagsitzungen voll ausgefüllt war, am frühen Vormittag zusammen, so am Dienstag bereits schon um 5 Uhr früh. Aus den Arbeiten des Ausschusses ist zu bemerken, daß der zwölfte Ausschuß die erste Sitzung des Zündwarensteuergesetzes zu Ende geführt hat. Er entschied sich in der Abstimmung nach einer eingehenden Aussprache dafür, daß die vorgesehene Kontingentierung der Zündwarenproduktion in Wegfall kommen soll. Für die Fabriken, die nach dem 30. September 1919 entstanden sind, bleibt eine 10prozentige Steuererhöhung bestehen. Der Ausschuß beschloß weiter, daß bei Inkrafttreten des Monopols in der Zündwarenindustrie nur die Fabriken Anspruch auf Entschädigung und Uebernahme durch das Reich haben sollen, die am 31. Juli 1919 in Betrieb befindlich waren und die bis zu dem Inkrafttreten des Monopols nicht eingegangen sind.

In der Mittwochsitzung beschäftigte sich der Ausschuß mit den Vorlagen der Spielkartensteuer und der Zuckersteuer. Er gedenkt mit seinen Arbeiten noch in dieser Woche fertig zu werden.

Im Zehntenausschuß wurde der Entwurf einer Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs in zweiter Lesung durchberaten und im wesentlichen in der Fassung, die die Bestimmungen der ersten Lesung erhalten haben, angenommen.

Neufassung des Artikels 18.

□ Weimar, 29. Juli. (Von unj. Vertreter.) Ueber die Neufassung des Artikels 18 fanden heute Besprechungen zwischen den beiden Regierungsparteien, den Demokraten und Vertretern der Einzelstaaten statt. Die Besprechungen zielten darauf ab, dem Artikel 18 eine neue Fassung für die 3. Lesung zu geben, die ihn allen Beteiligten annehmbar machen könnte. Man erwartet, daß die Besprechungen heute zu einem endgültigen Ergebnis führen.

Beaufsichtigung der Reichs-Handelsgesellschaften.

□ Weimar, 29. Juli. (Von unserem Vertreter.) Die Deutsche Volkspartei hat gemeinsam mit der deutschen demokratischen Partei einen Antrag eingebracht, wonach sämtliche mit der öffentlichen Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln, Roh- oder Halberzeugnissen beauftragten Gesellschaften Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen über das abgelaufene Geschäftsjahr, sowie einen Bericht über ihre Geschäftsführung und ihren Vermögensstand in den ersten drei Monaten, spätestens aber in den ersten 6 Monaten des neuen Geschäftsjahres dem Reichswirtschaftsministerium und dem

Haushaltsauschuss der Nationalversammlung oder dem kommenden Reichstag vorlegen sollen. Diese Geschäftsberichte sollen genaue Angaben über alle Anstellungsverhältnisse der im Dienste der Gesellschaften stehenden Personen, auch die Beförderung und Bezüge enthalten. Die Nationalversammlung oder der Reichstag sollen das Recht haben, die Betriebsberichte und die Geschäftsführung der bezeichneten Gesellschaften durch den Haushaltsauschuss einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Dem Ausschuss sollen alle Bücherbelege offen dargelegt werden, ebenso soll er alle erforderlichen Aufschlüsse erhalten. Der Ausschuss soll das Recht haben, die Berichte um Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu erweitern.

Deutsches Reich.

Keine Auflösung von Kriegervereinen durch die deutsche Regierung.

Eine irreführende Pressenachricht, nach der die deutsche Regierung auf Grund des Friedensvertrages die Auflösung der Kriegervereine im Kreise Rybnitz verlangt haben soll, hat in den Kriegervereinen Unruhe und Entrüstung erregt. Wir sind in der Lage festzustellen, daß die deutsche Regierung ein solches Verbot nicht erlassen hat und nach dem Friedensvertrage hierzu gar nicht verpflichtet ist. Ein Verbot kann nur durch die Regierungen der Alliierten in den Bezirken, die an fremde Staaten gefallen sind, ausgesprochen werden, wenn wir auch erwarten, daß die neuen Hoheitsstaaten diese wirtschaftliche Organisation zum Besten unserer Kriegsteilnehmer ebenso loyal behandeln werden, wie es die deutsche Regierung mit ähnlichen Vereinen nach 1871 hielt. Gerüchte über eine Auflösung von Kriegervereinen durch die deutsche Regierung können nur von national- und regierungsfeindlicher Seite ausgeht sein. In der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist das gute Verhältnis zwischen den Kriegervereinen und der Regierung durchaus erfreulich.

Die Verhältnisse in der Pfalz.

Aus der Pfalz, 28. Juli. Immer wieder fordert das Selbstorgan der Anhänger der freien Republik Pfalz, die „Freie Pfalz“, die pfälzische Presse zur unentwegten Stellungnahme zu ihrem Blatte auf und erklärt, es bestehe kein absolutes Verbot, die Frage der Selbstständigkeit der Pfalz auf Grund der heute für uns gegebenen Verhältnisse zu erörtern. Reimt nun das Sprachrohr der Hochzeiten, die gegebenen Verhältnisse seien die mit ihrer Brille gesehene überwiegende Meinung der Pfälzer für die Selbstständigkeit? Dann allerdings mag das Blatt recht haben. Denn ebenso gewiß ist, daß der Schwarzschild des Jahres bis zur Stunde, obwohl die unabhängige Presse es gerne möchte, noch keinen einzigen sich mit noch so überzeugenden Gründen gegen die Aenderung der jetzigen politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse der Pfalz aussprechenden Artikel hat passieren lassen. Auf einen Mißstand, welchen sich die Verächter der neutralen Republik zunutze machen, sei allerdings hingewiesen und um dessen baldige Behebung von Reichswegen dringende gebeten. Das ist die bis jetzt entweder ganz unterbliebene oder nur äußerst ungenügend erfolgte Entschädigung der pfälzischen Bevölkerung für Quartierleistung — hier namentlich Wirt — und Requisitionen. Viele Gemeinden fordern seit Monaten hohe von ihnen vorausgabte und vorgelegte Beträge, nicht wenige Landwirte haben Tausende von Mark zugut. Verkehrsmittel aller Art, wie Autos, Fahrräder u. a. m. wurden von der Befehlsgewalt requiriert, bis heute aber haben ihre Besitzer, welche zum Teil die Fahrzeuge notwendig brauchen, also für Ersatz sorgen müssen, keinen Pfennig erhalten. So etwas ruft in weitesten Kreisen der Bevölkerung großen Unmut und starke Bestimmung hervor und ist im Stande, manchen an der Liebe und Zuneigung des unbefestigten Deutschland zu dem schwer geprüften besetzten Gebiet zweifeln zu lassen. Und auf solche Leute legen es die Hochmänner ab.

Kampfslose Gemeindevahlen in Rheinhessen.

Matz, 28. Juli. Nachdem die hessische Regierung es für zulässig erklärt hat, daß bei der bevorstehenden Erneuerung der Gemeindevahlungen Neuwahlen unterbleiben können, wenn nur eine Kandidatenliste eingereicht und als gültig anerkannt wird, sind in zahlreichen Gemeinden Rhein Hessens Unterhandlungen zwischen allen Parteien im Gange, die eine Wahlvereinbarung auf der Grundlage des Stimmverhältnisses bei der Nationalwahl zum Gegenstand haben. In einer Reihe von Gemeinden ist bereits ein Ergebnis erzielt worden.

Die Vereinfachung des Steuerwesens.

Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) In einem offiziellen Schriftsatz der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird nochmals die Notwendigkeit der Vereinfachung unseres Steuerwesens zu erwiesen gesucht. Sie sei schon deshalb erforderlich, damit alle Steuerzahler im Reiche einheitlich und gleichmäßig belastet würden und nicht in den einzelnen Staaten und Landesteilen das Gefühl aufkäme, daß man, je nachdem, hierher oder wider behandelt werde als anderswo. Sollte die reichsrechtliche Verwaltung an dem Widerstande ihrer Gegner scheitern, so möchte das Reich unbedingt auf anderen Maßnahmen bestehen. Es müßte eine reichseinheitliche Vorbildung der Finanzbeamten eingeführt werden. Außerdem wären reichsrechtliche Formarbestimmungen über die Einrichtung der landesrechtlichen Behörden zu schaffen, ebenso eine sehr umfangreiche Reichsaufsicht, welche die einheitliche Anwendung der Gesetze sichere. Man wird ohne weiteres zugeben müssen, daß dieses Verfahren sich recht kostspielig gestalten könnte.

Die Mediatisierung der Finanzen.

Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Seit gestern werden die einzelstaatlichen Finanzminister in Weimar, um mit dem Reichsfinanzminister die Frage der Uebernahme der Steuerverwaltung durch das Reich zu beraten. Die Minister Kräupen sich noch immer gegen diese „Mediatisierung der Finanzen“.

Steuerfreiheit und Steuerpflicht der Kirchen.

Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Nach dem Entwurf über das Kirchensteuer sollen die Kirchen und die Kirchengemeinden von der großen Vermögensabgabe befreit werden. Die der „Dtsch. Anz.“ nunmehr gemeldet wird, ist aber keineswegs abschließend, damit auch später die Steuerfreiheit der Kirchen bei der Vermögensabgabe festzulegen. Die Verhältnisse der Kirchen und Kirchengemeinden in den einzelnen Bundesstaaten liegen so verschieden, daß die Erfassung dieser Vermögens einer besonderen gesetzlichen Regelung bedarf. Diese soll entweder durch Reichsgesetz oder möglicherweise auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen.

Kardinal Hartmann bleibt auf seinem Posten.

Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Um die Gerüchte kurz abzuschneiden, welche über eine angeblich zu erwartende Abberufung des Kardinals Hartmann wegen der besagten Vorstellungen beim Vatikan bestehen, hat der Kardinalsekretär Caprari nach der Schweiz

telegraphiert, daß daran kein wahres Wort sei. Zugleich soll dieses Dementi möglichst schnell zum Kardinal Hartmann selber gelangen.

Beendigung des Konflikts in den Siemenswerken.

Berlin, 30. Juli. (Von unserem Berliner Büro.) Der Konflikt in den Siemenswerken nähert sich erfreulicherweise seinem Ende. In einer Konferenz sämtlicher Vertrauensleute des Siemenskonzerns wurde gestern beschlossen, den Streikenden eine Entschädigung zu empfehlen, durch die sie sich bereit erklären, im Interesse der weiteren friedlichen Neuorganisation der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie den Kampf zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Voraussetzung, daß Abregelungen nicht erfolgen. Die Arbeiter verpflichten sich, die auf drei Tage Ansperrten aus eigenen Mitteln zu entschädigen.

Die Verkehrslage im Ruhrrevier.

Essen, 29. Juli. (WB.) Zur Verkehrslage im Ruhrrevier wird mitgeteilt: Zu Beginn der Vorwoche setzte sich der Wagenmangel in verstärkter Form fort. Bis 22. Juli einschließlich wurden im Tagesdurchschnitt nur rund 14 500 Wagen gestellt, während rund 7300 fehlten. Beträchtliche Mengen der Förderung mußten auf Lager genommen werden. Die Eisenbahnverwaltung sah sich deshalb veranlaßt, für die beiden folgenden Tage die Übernahme für sämtliche Transporte außer Brennstoff zu sperren. Infolgedessen ging die Wagenstellung für die Wochen am 25. und 26. Juli auf 18 800 Wagen hinauf und die Befehlszahl auf fast 2500 Wagen herunter. Die Zufuhren zu den Duisburg-Ruhrorter Kippern ließen unvermindert unter dem Wagenmangel. Gesippt wurden am Tage durchschnittlich rund 10 300 Tonnen. Der Umschlag im Rhein-Herne- und Dortmund-Ems-Kanal, der anfangs der Woche auf 28 500 Tonnen täglich gesteigert werden konnte, ging in den letzten Tagen bereits zurück, so daß im ganzen nur eine durchschnittliche Tagesleistung von 20 000 Tonnen erreicht wurde. Der Grund für den Rückgang ist in der zunehmenden Raumknappheit begründet, der in erster Linie dadurch hervorgerufen ist, daß die holländischen Schiffe zurzeit lohnendere Beschäftigung auf dem Rhein vorziehen.

Badische Landesversammlung.

(40. öffentliche Sitzung.)

Präsident Kopf eröffnete um 4 Uhr 30 die Sitzung. Schriftführer Abg. v. Giecheln teilte dem Versammlung über die Entscheidung von Sieblungsland, der dem Landtag vorgelegt wurde. Weiter teilte Präsident Kopf einen Antrag des Dr. Oberländer über die neue Verfassung der evangelisch-protestantischen Landeskirche. Der Antrag wurde der Verfassungskommission zugewiesen. Wie der Präsident mitteilte, ist eine Petition der vertriebenen eisen-lothringischen Arbeiter Badischer Staatsangehörigkeit dem Gesundheitsamt zugewiesen worden. Das Land trat nun in die Tagesordnung ein. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend die Steuererhebung für das Jahr 1918. Der Gesetzentwurf wurde ohne Aussprache angenommen.

Abg. Schönb (Dem.) berichtete über den Gesetzentwurf, betreffend die Durchführung der Kulturverbesserungen. Zweck des Kulturgesetzes ist, die erforderlichen Widerstände, die sich gegen die Annahme von Kulturverbesserungen zeigen, da wo ein dringendes öffentliches Interesse es erfordert, zu brechen. Der Weg ist die Bestimmung des Reiches an das Arbeitsministerium, detaillierte Grundbesitzverhältnisse an einer Kassenkommission zu ermitteln. Die Kommission sollte den Antrag auf Genehmigung des Gesetzentwurfes mit einigen reaktionellen Änderungen. Die Abg. Straub (Str.), Dr. Peltz (Dem.) und Fischer (D. N.) brachten einen Antrag ein auf Aenderung verschiedener Bestimmungen des Gesetzes. Abg. Weichmann (Str.) teilte, daß Gesetz, bedauerte aber, daß auf dem Gebiete des Gesetzes in den letzten Jahren nichts geschehen ist.

Arbeitsminister Härtel dankte der Kommission für ihre Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Gesetz nicht zu oft angeändert werden müsse. Mit dem Voranschlag wurde im nächsten Monate im Obergerichtsbereich begonnen werden. Abg. Schönb (D. N.) berichtete über das Gesetz, betreffend die Kulturverbesserungen. Er teilte mit, daß das Gesetz, betreffend die Kulturverbesserungen, die wir betreiben, nicht ist. Als das Gesetz in der Welt haben wir die niedrigen Getreidepreise. Größere Besitzer sind dazu übergegangen, Grundbesitz zu bauen, hat Getreide, weil sein Anbau nicht mehr rentiert ist. Abg. Red (Dem.) teilte mit, daß solche großen Kassen müssen von einer Zentralstelle aus geleitet werden. Hierzu ist die Oberdirektion des Wasser- und Straßendienstes geeignet. Sie hat in diesem Oberministerium recht lange gebraucht und wenn die Landratskassen nicht mit einem Verbot geschlossen wäre, wäre die Vorlage nicht zu erlösen. In solchen Unternehmungen sind Rückversicherer notwendig. Abg. Kurz (Wsp.) erklärte, daß seine Fraktion dem Gesetz zustimmen werde. Abg. Dietrich (Dem.) über die Frage über die Betriebsverhältnisse sind wir eins, denn wir können infolge der letzten Salata nicht viel aus dem Ausland einführen. Deshalb werden alle Vorarbeiten für den Schutz des Getreides einleiten. Wenn ein Widerstand erfolgen wird, wird er wohl aus der Partei des Herrn Schönb kommen, von den Grundbesitzern. (Zuruf des Abg. Fischer: Wir haben keine Grundbesitzer!) Abg. Wagner: Der Schluß hat dem magen, Herr Minister!

Abg. Schönb teilte als Berichterstatter das Schlußwort. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Straub und Schönb angenommen. Ueber das Gesetz wurde namentlich abgelehnt. Notwendig war verfassungsmäßig das eine Zustimmung von 1/3 der Abgeordneten an der Abstimmung, es hatten also 81 Abgeordnete abgestimmt. Es wurde nun festgestellt, daß diese Anzahl nicht anwesend ist. Das Land unterbrach deshalb die Sitzung auf 1/2 Stunden. Im Laufe dieser Zeit wurde schließlich die verfassungsmäßig notwendige Zahl aufgebracht. Das Gesetz wurde nun mit 81 Stimmen einstimmig angenommen. Dann trat das Land in die Beratung des 2. Nachtrags zum Staatsveranschlagung ein. Abg. Wörzacher (Str.) berichtete für den Haushaltsauschuss über die Hauptabteilung I (Staatsministerium): Ausgaben 41 500 K und Hauptabteilung II (Ministerium des Kulturbetriebs): 19 600 K. Die Anforderungen wurden angenommen. Abg. Haberzehl (D. N.) berichtete über Hauptabteilung I (Ministerium der Justiz): Ausgaben 13 100 K im ordentlichen 2 048 500 Mark im außerordentlichen Etat. Die Kommission beantragte im außerordentlichen Etat 300 000 K zu freieren, im übrigen die Anforderungen zu genehmigen. Justizminister Krauß antwortete auf die Frage, ob über die Ausgaben bei den Ausschreibungen in Wankenheim eine Klage erhoben werden könne. Er vertrat die Meinung, daß eine Klage gegen die Stadt Wankenheim erhoben werden könne, wenn sie sich nicht anerkennend zum Schaden der Sache bereit ist. Die Klage müsse dann erhoben und lokal durchgeführt werden. Die Stadt Wankenheim sei in einer Vollpflichtverletzung. Die Anforderungen wurden nach dem Kommissionsentwurf genehmigt. Dieranz verlas die Beschlüsse auf Mittwoch nachmittag 1/4 Uhr. Tagesordnung: Berichtlesen. Schluß der Sitzung: 7 Uhr 35.

Aus dem Haushaltsauschuss des Landtags.

Karlsruhe, 30. Juli. Der Haushaltsauschuss des bad. Landtags beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit der Vorlage betr. die Uebernahme von Reichs-, Militär-, ehemaligen bad. Hofbeamten, sowie von eisen-lothringischen Beamten in den bad. Staatsdienst. Der Ausschuss stimmte dem hierüber vorliegenden Gesetzentwurf, über dessen wesentlichen Inhalt wir schon berichtet haben, zu. Mit 12 gegen 2 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, wonach in den badischen Staatsdienst übernommen werden sollen: 1. die Beamten, welche die badische Staatsangehörigkeit besitzen und 2. eine vom Reich nach allgemeinem Verteilungsplan festzusetzende Zahl von eisen-lothringischen Beamten, die keine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Betont wurde von allen Seiten, daß die Interessen der badischen Beamten nicht geschädigt werden dürfen.

Das Schicksal des Karlsruher Landesheaters.

Karlsruhe, 30. Juli. In der Landesheatersitzung kam der Haushaltsauschuss des Landtags in seiner letzten

Sitzung zu dem Entschluß, daß der § 8 der Vereinbarung zwischen der Stadtverwaltung Karlsruhe und dem Staat unannehmbar sei. In diesem § 8 der Vereinbarung ist zum Ausdruck gebracht, daß die Stadt Karlsruhe einen Zuschuß für das Landestheater nicht zu zahlen hat, sobald dieses durch höhere Gewalt (Kohlenmangel usw.) die regelmäßige Spielzeit unterbrechen muß. Im übrigen wurde im Haushaltsauschuss den Anforderungen für das Landestheater mit 10 gegen 6 Stimmen (Zentrum) zugestimmt.

Baden.

Baden und Württemberg.

In Stuttgart fand am Samstag und Sonntag ein aus allen Teilen des Bundes stark besuchter Vertretertag der Deutschen Demokratischen Partei Württemberg statt. Unter stürmischer Zustimmung sprach Abg. Dr. Hieber über die Arbeiten des Landtags, Abg. Hermann-Neußing über die Tätigkeit der Deutschen Nationalversammlung und Abg. Konrad Hausmann über die politische Lage. Als Vertreter der demokratischen Partei und Landtagsfraktion Badens nahm Abg. Dr. Leser-Heidelberg an den Verhandlungen teil, der in einer sehr beifällig aufgenommenen Begrüßungsansprache über den Gedanken eines staatlichen Zusammenschlusses von Baden und Württemberg folgende Ausführungen machte: „Wir in der badischen Landtagsfraktion wünschen, daß diese Frage mit aller gebotenen Gründlichkeit geprüft werde. Aber ein großer Teil von uns ist sehr heftig gegenüber den Stimmen, die sich für den Zusammenschluß aussprechen. Den Partikularen in beiden Staaten möchte ich wünschen, daß ihre Gefühle keine schwereren Erschütterungen zu erleiden hätten, als es infolge der Vereinigung zweier noch Art und Kultur so verwandter Stämme der Fall sein würde. Gerade diese Partikularen haben heute allen Grund, gegenüber zu weitgehenden unitarischen Tendenzen in unserem deutschen Nationalstaat den Gedanken eines einheitlichen Süddeutschlands zu unterstützen. Vom Standpunkt des badischen Demokraten aus aber darf ich sagen: Für viele von uns würde es nicht den Abschluß einer Vermählung, sondern einer Heirat bedeuten, wenn es uns einstighin vergönnt wäre, mit Bayern und Hieber, wie Hausmann und Meising im engsten Parteienverband zusammenzuarbeiten.“

Die Behebung der Beamtenstellen.

Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 17. Juni d. J. beschlossen, daß den mit dem Hinweis auf § 11 Abs. 2 der Verfassung gestellten Forderungen der unteren Beamten auf Beförderung in mittleren Stellen und der mittleren Beamten auf Beförderung in obere Beamtenstellen in bestimmten Einzelfällen soweit angängig auszugehen werden soll. Unter den heutigen Verhältnissen und im Hinblick auf diesen Beschluß wird man eher, als es bis jetzt geschehen ist, auf den Nachweis einer bestimmten Vorbildung und auf die Ablegung der Prüfung verzichten müssen. Da aber doch noch eine allgemeine Sperrlinie bestehen muß und da, zur möglichen Hintanhaltung von Bewerbungen, einer allzu verschiedenartigen Beurteilung durch die einzelnen Behörden und Vorgesetzten entgegengetreten werden sollte, wird es sich empfehlen, Richtlinien für das einzuholende Verfahren aufzustellen. Das Ministerium der Finanzen macht nach einer amtlichen Mitteilung der „Karlsruh. Anz.“ hierzu folgende Vorschläge:

- a) Jede mittlere Beamtenstelle, die von einem normal befähigten unteren Beamten verlassen werden kann, ist in eine untere Beamtenstelle umzuwandeln.
- b) Ist die Umwandlung der Stelle nach Buchstabe a nicht angängig, so kann ein unterer Beamter auf dieser Stelle zum mittleren Beamten befördert werden unter der Voraussetzung, daß er seine besondere Befähigung, Tätigkeit und Verwendbarkeit zur Wahrnehmung einer mittleren Beamtenstelle in jeder Hinsicht nachweisen kann. Dieser Nachweis gilt nicht schon dadurch als erbracht, daß der Beamte vorübergehend — während des Urlaubs, einer Erkrankung usw. — die Geschäfte eines mittleren Beamten zur Zufriedenheit seines Vorgesetzten erledigt hat. Er soll auch dann noch nicht als erbracht gelten, wenn der Beamte immer dieselbe Stelle längere Zeit hindurch zufriedenstellend versehen hat. Die Beförderung des Beamten darf nur ausgesprochen werden, wenn er volle Gewähr dafür bietet, daß er fähig ist, jede Stelle, die ein normal befähigter mittlerer Beamte zu versehen hat, zufriedenstellend auszufüllen. Der Nachweis muß durch eine mindestens einjährige praktische Erprobung des Beamten, und zwar in der Regel auf mehreren mittleren Beamtenstellen erbracht werden.
- c) Entsprechendes gilt auch für den mittleren Beamten, dem eine obere Beamtenstelle übertragen werden soll.
- d) Berechtigte Interessen der mittleren und oberen Beamten dürfen durch solche Beförderungen nicht beeinträchtigt werden.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Die Elektrizitätsversorgung Badens.

Karlsruhe, 29. Juli. Nach dem gegenwärtigen Stande der Verhandlungen kommt vorerst die Elektrizitätsversorgung von 73 Gemeinden der Amtsbezirke Baden, Rastatt, Ettlingen, Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Bretten und Horgenheim mit etwa 15 000 Einwohnern mit elektrischem Strom aus dem Elbwerte in Betracht. Hierzu sind zu errichten etwa 230 Kilometer Hauptleitungen, 104 Anschlußleitungen, 4 Hauptstationen, 80 Transformatorstationen, 73 Ortsnetze. Zur Versorgung der Amtsbezirke Westrich, Pfullendorf, Ettenach und Ueberlingen mit elektrischer Kraft sollen die 15 000 Voltleitungen für die Zuführung des vom Saufenburger Werk zu beziehenden Stromes erstellt werden. Die Stromabgabe soll an den nach zu gründenden Verband der beteiligten Gemeinden abgegeben werden, der den Bau der Ortsnetze und den Betrieb besorgt.

Letzte Meldungen.

Die Auslieferung des Kaisers.

Bern, 29. Juli. (WB.) Die „Republikain de Lyon“ meldet aus Paris: Die Unterhandlungen um Holland über die Auslieferung des Kaisers hätten begonnen. Man beabsichtige das Verfahren gegen den Kaiser nicht in London, sondern in einem schwer zugänglichen Orte stattfinden zu lassen; man spricht von Scapa Flow.

Vergewaltigung von Kochener Frauen.

Weimar, 30. Juli. (Von unserem Vertreter.) Die Abgeordneten Graf zu Dohna und Dr. Wittelmann der deutschen Volkspartei haben in der Nationalversammlung eine Anfrage eingebracht, wonach der wirtschaftliche Abteilung des Befehlshabers in Tachen von Kochener Firmen die Aufstellung eines Fragebogens verlangt hat, der jahrelange Geschäfts- und Erfindungsarbeiten dieser Firmen vernichten muß und sie zur Preisgabe wichtiger Geschäftsgeheimnisse zwingen würde. Außerdem müssen die Firmen den Besuch von Nachheuten über sich ergehen lassen, die sich Skizzen von den geheimsten Maschinen und Apparaten machen und unter Androhung militärischer Maßregeln alle Aufzeichnungen erhalten müssen, die sie über die Geschäftsgeheimnisse wünschen. Die Anfrage weist darauf hin, daß diese Maßnahmen den Waffenstillstandsbedingungen und dem Völkerrecht widersprechen, und fragt nach Maßregeln der Reichsregierung, um diesen schmerzlichen Uebelständen abzuhelfen.

Sitzung des Bürgerausschusses am Dienstag, den 29. Juli 1919.

Oberbürgermeister Dr. Rucker eröffnet um 7,30 Uhr die Sitzung in Anwesenheit von 101 Mitgliedern. Die Galerie ist fast besetzt.

Das Kollegium erklärt sich damit einverstanden, daß zwei Nachträge an der Spitze der Tagesordnung behandelt werden. Es handelt sich um die Aufnahme eines Darlehens und um Aufnahme einer Anleihe.

Stv. Boettger (Soz.) veranlaßt eine kurze Geschäftsordnungsdebatte über die Behandlung einer von seiner Fraktion eingereichten „kurgen Anfrage“. Er erklärt sich schließlich damit einverstanden, daß die Anfrage in der nächsten Stadtratssitzung behandelt und das Ergebnis im Stadtratbericht bekanntgegeben wird.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Aufnahme eines Darlehens.

Stadtratsbeschluss: Die Aufnahme eines zu 4 1/2 % verzinslichen Darlehens im Nennwert von 2 1/2 Millionen Mark gegen Schuldchein wird genehmigt.

Begründung: Durch Vermittlung eines Agenten wird von einem auswärtigen großen Versicherungsunternehmen der Stadt ein Darlehen von 2 1/2 Millionen Mark unter folgenden Bedingungen angeboten: Das Darlehen ist seitens des Geldgebers auf 20 Jahre rückzahlbar; die Stadtgemeinde dagegen ist berechtigt, nach Ablauf von 5 Jahren nach vorausgegangener 6monatiger Kündigung das Darlehen ganz oder in Teilbeträgen von nicht unter 500 000 M zurückzuzahlen. Die auszubehaltende Darlehenssumme beträgt 99,50 Prozent, die Vermittlungsgebühr beträgt 1/2 Prozent. Das Angebot ist nach dem allgemeinen Stand des Zinsfußes als ein günstiges anzusehen, zumal die Stadt nach 5 Jahren das Kapital zur Heimzahlung kündigen kann, falls bis dahin der Zinsfuß für die Geldnehmer ein besserer geworden sein sollte.

Stv. B. Pfeiffle ist der Ansicht, daß die Vorlage nicht so dringlich ist, daß sie heute schon erledigt werden müsse. Sie hätte sich erst nach der in der zweiten Hälfte August vorgezogenen Bürgerausschuss-Sitzung erledigen lassen können. Selber stehe man aber jetzt schon vor einer vollständigen Tatsache, wie die Ankündigungen des Bankkonjunkturs beweisen. Der Redner ist der Ansicht, daß die Behandlung dieser Vorlage nicht im Interesse des Ansehens des Bürgerausschusses liege.

Bürgermeister Ritter bemerkt, das Darlehen sei ein Gelegenheitsangebot, bei dem sofort zugegriffen werden müsse, zumal die Bedingungen außerordentlich günstig seien. Bei der Aufnahme der Anleihe sei es richtig, daß die Aufnahme an sich nicht dringlich ist, weil der Geldbedarf der Stadt bis Ende des Jahres gedeckt sei. Bei der Unsicherheit des Geldmarktes verleihe die Stadtkasse allerdings die richtige Ansicht, daß es angebracht sei, die Aufnahme schon jetzt zu bewerkstelligen. Auch die bevorstehende Kapitalertragssteuer spreche für die baldige Anleiheaufnahme. Ob es im nächsten Jahre noch möglich sei, eine Anleihe zu annehmbaren Bedingungen aufzunehmen, sei sehr fraglich. Eines sei sicher, daß die Stadt nächstes Jahr Geld brauche. Nächstes Jahr könne dies nur unter großen Opfern möglich sein.

Stv. Brück (Soz.) rügt, daß die städtische Sparkasse einer oberhalbigen Stadtgemeinde ein provisionsloses Darlehen gegeben hat, während andererseits hier ein Anleihen aufgenommen werden soll.

Bürgermeister Ritter hält es nicht gerade für zweckmäßig, daß die Stadt bei der eigenen Sparkasse Gelder aufnimmt. Redner glaubt auch nicht, daß die Stadt bei der hiesigen Girozentrale das Geld billiger bekommen hätte. Die Vergütung des Agenten mit 1/2 Prozent Provision sei nicht zu hoch.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Aufnahme einer Anleihe.

Stadtratsbeschluss: 1. Zur Deckung der von den städtischen Kollegien bereits bewilligten oder im Einzelfall noch zu bewilligenden Kredite für Bauten, Geländeerwerbungen und andere außerordentliche Bedürfnisse wird eine zu 4 % verzinsliche, nach 50-jähriger Laufzeit mit jährlich 1 1/2 Prozent zugunlich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen heimzahlbare Anleihe im Nennwert von 25 Millionen Mark durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen aufgenommen. 2. Die Kosten der Anleihe und der bei der Begebung entstehende Kursverlust sind aus Lebensmitteln zu bestreiten.

Begründung: Am 30. Januar gab der Bürgerausschuss die Zustimmung zur Begebung einer Anleihe in Inhaberschuldverschreibungen im Betrage von 20 Millionen Mark. Man sprach damals die Vermutung aus, daß die aus der Anleihe der Stadtkasse zur Verfügung stehenden Mittel den Bedürfnissen bis Ende 1919 genügen werden. Auch jetzt noch hofft man, mit den zur Verfügung stehenden außerordentlichen Mitteln bis zum Beginn des Jahres 1920 auszureichen. Ein Bedürfnis, neuerdings auf den Anleihemarkt zu treten, liegt also nicht vor. Gleichwohl ist es ratsam, jetzt schon an die Begebung der Anleihebedarfs des Jahres 1920 heranzutreten. Noch ist der Begehr nach Staatsanleihen lebhaft und die Kurse sind günstig. Die lange dieser nun schon mehr als ein halbes Jahr dauernde Zustand anhält, läßt sich schwer lösen. Die Höhe des Bedarfs läßt sich nicht genau berechnen. Indes ist soviel gewiß, daß auch dann, wenn man sich Sicherheit auf das Zurückgehen der unmittelbar mit dem Krieg zusammenhängenden unproduktiven Ausgaben gerechnet werden kann, die Aufwendungen für die Wiederunterstützung der städtischen Werke sowie für Hoch- und Tiefbauunternehmungen höhere Beträge erfordern werden als im laufenden Jahre. Eine Summe von 20 Millionen Mark kann als untere Grenze des Geldbedarfs für außerordentliche Zwecke angenommen werden.

Es wird nun vorgeschlagen, zur Deckung dieses Bedarfs wieder eine Anleihe bis zu 25 Millionen Mark zum Zinsfuß von 4 Prozent zu begeben. Der über den eigentlichen Bedarf hinausgehende Betrag von 5 Millionen Mark soll zu Kapitalanlagen für städtische Fonds und Einnahmen zurückgehalten werden; er soll in erster Reihe dazu dienen, die durch Verwendung von Kriegsanleihen zu Zahlungszwecken häufig gemachten Sammelbonds wieder verzinslich anzulegen. Die näheren Bestimmungen der Anleihe sind im wesentlichen die gleichen wie die der im Januar 1919 genehmigten. Der Zinsfuß soll 1 1/2 Prozent zugunlich der ersparten Zinsen; die Tilgung beginnt nach 5 1/2 Jahren, sie wird also in 42 1/2 Jahren beendet sein; die Verlängerung der Laufzeit um ein halbes Jahr ist vorgesehen, weil sonst die Tilgung zweier großer Anleihen in einem Jahre beginnen müßte, was zur Vermehrung einer sprunghaften Belastung des städtischen Haushalts vermeiden werden muß. Ein Konjunktium hiesiger Banken und die Girozentrale städtischer Sparkassen hat vorbestimmlich der Zustimmung des Bürgerausschusses und der Staatsgenehmigung zur Ausgabe der Anleihe, davon 10 Millionen Mark fest übernommen und für weitere 10 Millionen sich die Option nach einer bestimmten Frist einzuräumen lassen. Wird die Option nicht ausgeübt, so erfolgt die Begebung der zweiten 10 Millionen zu einem späteren Zeitpunkt oder sie unterbleibt ganz. Die Kosten des Anleihen (Stempel und Logen für Reich und Staat, Druckkosten) sind auf rund 165 000 M zu veranschlagen. Das bei der Begebung entstehende Disagio wird ungefähr 8,6 Prozent betragen.

Da der Stadtordnungsreferent zu diesem Punkt bereits Stellung genommen hat, wird sofort die Abstimmung vorgenommen. Die Annahme erfolgt einstimmig.

Erwerbung eines Grundstückes in der 37. Sandgewann (Käferhof).

Der Stadtrat beantragt: Kon. A. Erker u. Genossen in Käferhof wird das Grundstück Egb. Nr. 1774 im Maße von 3361 Quadratmeter in der 37. Sandgewann zum Preise von 4250 M erworben. Zur Zahlung des Kaufpreises und der Kosten wird aus Grundstockmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren ein Kredit von 4500 M eingeräumt.

Begründung: Die Stadtgemeinde hat im Monat Mai das Gelände unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses freihändig erworben. Der Einheitspreis stellt sich auf 1,27 M, der Stückwert auf 10 Pfennig für den Quadratmeter. Das Grundstück liegt an der oberen Riedstraße, in einem Gemarkungsteil, in dem die Stadtgemeinde schon eine Anzahl von Grundstücken besitzt, welche (nach vor Ausbruch des Krieges) zum Teil Preise von

1,50 M und mehr bezahlt worden sind. Der Kaufpreis erscheint daher durchaus vertretbar. Das Grundstück wird vorerst, wie bisher, landwirtschaftlich verwendet werden.

Stv. R. Koll bemerkt bei Begründung der Vorlage, daß es sich hier um ein preiswertes Gelände handle.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Verkauf von Feldwegstücken in der Gewann Taubenwörthel (Kederau).

Der Stadtrat schlägt vor, an Baumeister F. A. Koll in Kederau in der Gewann Taubenwörthel der ehemaligen Gemarkung Kederau folgende Wegstücke zum Preise von 3 M für den Quadratmeter freihändig zu verkaufen: Egb.-Nr. 13 791 mit etwa 300 Quadratmeter und von Egb.-Nr. 13 801 eine Teilstrecke von etwa 210 Quadratmeter.

Begründung: Baumeister F. A. Koll ist Eigentümer des überliegenden Teiles der Grundstücke in der Gewann Taubenwörthel. Es handelt sich um etwa 600 Quadratmeter. Dem Verkauf stehen von Gesichtspunkte des Verkehrs keine Hindernisse entgegen. Der Kaufpreis wurde auf 3 M für den Quadratmeter festgesetzt, welchen Preis der Käufer zu geben bereit ist.

Stv. B. Jährlig empfiehlt namens des Stadtordnungsreferenten die Annahme der Vorlage.

Stv. R. Koll (Co.-Soz. Bgg.) spricht sich gegen den Verkauf aus.

Stv. Appel (U. S. P.) ist aus prinzipiellen Gründen für die Ablehnung der Vorlage, weil aller Grund und Boden, der den Besitzern wechelt, in den Besitz der Stadt übergehen sollte. Die Stadtverwaltung sollte bei der Regierung ein Gesetz beantragen, das die Möglichkeit der Enteignung in größtmöglichem Umfange zuläßt. Bedinglich in Erbpacht soll künftighin städtischer Grund und Boden abgegeben werden.

Bürgermeister Dr. Finster meint, daß die Erwägungen des Referenten auf die Vorlage nicht angewandt werden könnten. Bei der Veräußerung städtischen Besitzes werde künftighin mit größter Vorsicht vorgegangen.

Stv. Boettger (Soz.) stellt fest, daß seine Fraktion ausnahmsweise von ihrem prinzipiellen Standpunkt abmehren und für die Vorlage stimmen werden.

Stv. R. Koll (Co.-Soz. Bgg.) bemerkt, daß er aufgrund der auffälligen Mitteilungen des Bürgermeisters Dr. Finster, wonach auf dem Gelände eine Pflanzung errichtet werden sollte, seinen ablehnenden Standpunkt aufbehalte.

In der darauffolgenden Abstimmung wird der städtische Antrag gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen.

Verkauf von Bauplätzen im Stadtteil Feudenheim.

Der Stadtrat beantragt den freihändigen Verkauf mehrerer Bauplätze im Stadtteil Feudenheim. In allen Fällen sind neben den Verkaufspreisen noch die geordneten Straßen- und Gehwegkosten zu etrichten.

Begründung: Die bestehende Wohnungsnot erweckt das selbstverständliche Bestreben nach dem Besitze eines eigenen Heims. Hieraus hat sich eine erhebliche Nachfrage nach städtischem Baugelände in den früheren Stadtteilen zur Erstellung für Kleinwohnungen ergeben. Es handelt sich hierbei durchgehendes um freihändige Erwerbungen. Am allgemeinen ist zu erwarten, daß die Stadterhaltung bei der Bemessung der Kaufpreise Rücksicht nimmt auf die hohen Baukosten und den Umstand, daß es sich bei der Verwendung der Bauplätze um die Errichtung von Kleinwohnungen handelt. Auch wurde dabei in Erwägung gezogen, daß sich die Stadtgemeinde das Recht zum Rücktritt vom Verkauf vorbehalte, falls die Bauplätze nicht innerhalb einer angemessenen Frist überbaut werden. Diese Frist wird auf 1 Jahr festgesetzt werden. Außerdem bedingt sich die Stadt das Wiederkaufrecht am Baugelände innerhalb 50 Jahren für verschiedene Fälle, insbesondere für den Fall der Erdbeugung aus. Im übrigen werden sich die Kaufbedingungen an die bisher gebräuchlichen Vertragsbedingungen anlehnen.

Zu diesem Punkt liegt ein Antrag Dr. Koll und Wittjard vor, daß städtisches Gelände in Zukunft nur noch in Erbbaupacht gegeben wird.

Oberbürgermeister Dr. Rucker verweist darauf, daß dieser Antrag keine Änderung der Vorlage verlange.

Stv. R. Koll bezieht es bei Begründung der Vorlage, daß es heute noch Leute gebe, die Bauplätze kaufen mit der Absicht zu bauen und so bald beziehbar Wohnungen zu erstellen.

Stv. R. Koll (Co.-Soz. Bgg.) wird der Vorlage zustimmen unter der Voraussetzung, daß sich die Stadterhaltung umweltschädlich bei der Frage des Erbbaupachts äußert. Die aufstrebenden Auswüchse des Oberbürgermeisters über diese Frage seien vorläufig genügend.

Stv. Huber beanstandet, daß bei dem in Betracht kommenden Gelände jährliche Ostwindstöße zu erwarten seien.

Stv. Dörner erklärt zunächst, daß seine Fraktion der Vorlage zustimmen und vertritt den grundsätzlichen Standpunkt seiner Fraktion in bezug auf die Ueberführung von Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit. Die Vorlage sei insbesondere zu begrüßen, weil sie Wohnungen für kinderreiche Familien schaffe.

Bürgermeister Dr. Finster steht auf dem Standpunkt, daß die Stadt Rannheim an der Spitze der deutschen Städte in der Bodenpolitik vorliege. Die bisherigen Grundstücksanläufe seien sehr umfangreich und belasteten das Budget nicht unwesentlich. Er freue sich, daß das Kollegium die Stadt in dieser Politik unterstützen wolle. Mit dem Erbbaurecht seien hier die nötigen praktischen Erfahrungen bereits gemacht worden. Die Stadt sei hier nicht zurückzuführen, sondern empfehle anzuern, wie sie es machen sollten. In den nächsten Sitzungen werden wieder Anträge gestellt werden, welche Gelegenheit geben, das Erbbaurecht in neuer Form anzuwenden. Hier handle es sich nicht um große Komplexe, sondern um Abgabe kleinerer Stücke, welche für die städtische Bodenpolitik keine ausschlaggebende Bedeutung haben. Deshalb würden diese Stücke veräußert abgeben unter Ausschaltung der Spekulation und Förderung des Wiederkaufrechtes für 50 Jahre. Der Rückkauf erfolgt nach Ullmer Vorbild, in Richtung städtischer Interessen.

Stv. Appel (U. S. P.) erklärt, daß seine Fraktion wie die Vorlage 2, so auch diese ablehnen werde. Gerade derartige Bauplätze sollten nur in Erbpacht abgegeben werden.

Stv. Kemmle widerspricht den Ausführungen des Stv. Dörner. Niemand anderes begrüßt es mehr, als seine Fraktion, daß die Baugrundstücke besetzt sind.

Oberbürgermeister Dr. Rucker entgegnet den Ausführungen des Referenten. Er meint, es sei ein erstes Ziel müsse der Stadterhaltung vor Augen stehen, daß städtischer Grund und Boden nicht zu Spekulationszwecken hergegeben, sondern auf ihm Wohnungen und andere nützliche Bauten erstellt werden und zum zweiten, daß diese Wohnungen zu möglichst entsprechenden Preisen an den Mieter kommen.

Stv. Dörner tritt weiter noch für eine fortschrittlichere Gestaltung der Bodenpolitik ein.

Die Vorlage wird hierauf gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen.

Kaufrecht der Rheinischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft für Baugelände im Dandlod 38 der Offstadt.

Der Stadtrat empfiehlt, das der Rheinischen Schudert-Gesellschaft — jetzt Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft — vom 13. Januar 1914 ab auf 5 Jahre für 2600 Quadratmeter Erweiterungsgelände im Block 38 eingeräumte Kaufrecht um 3 Jahre, d. h. bis zum 13. Januar 1922 zu verlängern.

Begründung: Die Rheinische Schudert-Gesellschaft, jetzt Rheinische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, hat mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 13. Januar 1914 vom Dandlod 38 die an die Augustaanlage anstoßende Teilfläche im Maße von 2847 Quadratmeter zum Preise von 50 M für den Quadratmeter gekauft. Daraus ist ein monumentales Verwaltungsgebäude erstellt worden. Anlässlich jenes Kaufes wurde der Firma auf die Dauer von 5 Jahren für den hinteren, auf die Richard Wagnerstraße aufstehenden Teil des Dandlodes mit 2600 Quadratmeter (juristisch zu ungenügend

2447 Quadratmeter angenommen), ein Kaufrecht eingeräumt, wobei u. a. der Kaufpreis auf 50 M festgesetzt wurde. Die Firma hat vor Ablauf der für die Ausübung des Kaufrechts gestellten Frist den Antrag auf ihre Verlängerung um weitere 5 Jahre gestellt, und zwar unter Hinweis auf infolge des Krieges eingetretene Verhältnisse. Ein Entgegenkommen scheint angezeigt, doch ist die gewünschte Dauer zu lange. Eine Dauer von 3 Jahren, also bis zum 13. Jan. 1922, wird genügen. Die Firma hat sich damit einverstanden erklärt.

Stv. R. Koll empfiehlt kurz die Annahme der Vorlage, die ohne Debatte einstimmig erfolgt.

Umlegung des Holzpfisters in der Kunststraße vor der Ingenieurschule N. 6.

Der Stadtrat hat beschlossen, aus dem im Voranschlag für 1920 unter Teilvoranschlag 27 für Pflasterung von Straßen eingestellten Mitteln von 500 000 M für die Umlegung des Holzpfisters in der Kunststraße vor der Ingenieurschule N. 6 19 000 M zu verwenden.

Begründung: Für die Ausführung von Pflasterarbeiten im Laufe des Voranschlags sind unter Teilvoranschlag 27 500 000 M eingestellt, über deren Verwendung besonders zu beschließen ist. Die Ausführung von Steinpflasterungen, die an und für sich an den verschiedensten Stellen notwendig wäre, kommt für dieses Jahr kaum in Betracht infolge des großen Mangels an Pflastersteinen. Dagegen wäre die Möglichkeit geboten, die Umlegung des Holzpfisters in der Kunststraße vor der Ingenieurschule N. 6 vorzunehmen. Der Zustand des fraglichen Holzpfisters, der vor 22 Jahren verlegt wurde, ist derart, daß trotz aufmerksamer Unterhaltung sein rascher Verfall nicht mehr aufgehalten werden kann und eine dauernde Verkehrsgefahr vorliegt. Ein neues Holzpfister, das hinsichtlich Lebensdauer und Herstellungskosten sich nur unwesentlich teurer als ein solches aus Stampf Asphalt oder Horizontalfalt stellt — abgesehen davon, daß gute Baumstoffe nicht zur Verfügung stehen — ist dringend notwendig. Bei dem innerhinhin recht lebhaften Verkehr in der Kunststraße ist eine Lebensdauer von 22 Jahren für Holzpfister so hoch, daß auch rein wirtschaftlich die nunmehr teilweise erforderliche Umlegung des Holzpfisters nicht zu beanstanden ist. Die Kosten der gesamten Umlegungsarbeiten betragen nach den derzeitigen Preisen 19 000 M.

Stv. R. Koll stellt fest, daß es sich um eine Neupflasterung handelt. Redner gibt zu erwidern, die Straße in Stampf Asphalt herzustellen, zumal geräuschlos verläuft, daß das Holzpfister durch eine auswärtige Firma mit fremden Arbeitern ausgeführt werden soll.

Stv. Böttger (Soz.) wünscht, daß bei den Arbeiten einheimische Arbeitskräfte verwendet werden.

Stadtbaurat Eisenhuth ist aus technischen Gründen gegen den Stampf Asphaltbelag. Die Arbeit soll an eine Berliner Spezialfirma vergeben werden, welche nur deutsches Holz verwendet. Die Ausnahme der speziellen Facharbeiter sollen nur hiesige Arbeiter verwendet werden.

In der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Umgang der Kaufhaus-Reichshalle.

Der Stadtrat sahnte den Beschluss, die Kaufhaus-Reichshalle im Betrage von 900 000 M am 2. Juli 1919 an die Landeshauptkasse Karlsruhe zurückzuzahlen. Die Mittel hierzu sind aus einem Anleihen, das auf die Dauer von 5 Jahren unfähig ist und nachher mit vierteljährlicher Frist getilgt werden kann, zu decken, das die städtische Sparkassenzentrale zum Zinsfuß von 4 1/2 % vermittelt.

Stv. B. Pfeiffle empfiehlt die Annahme dieser Vorlage, die gleichfalls debattelos einstimmig angenommen wird.

Erwerbung einer Reithalle.

Für den Erwerb der Reithalle des ehemaligen Offizierkorps des Grenadierregiments Nr. 110 sind 20 800 M aus Lebensmitteln zu bewilligen.

Stv. R. Koll empfiehlt die Annahme der Vorlage. Die Reithalle, die in einem sehr guten Zustande sei, werde augenblicklich zu einem Kino für unsere zurückgekehrten Kriegsgesangenen eingerichtet.

Bürgermeister Ritter gibt bekannt, daß die Reithalle etwas reparaturbedürftig ist. Die Verpachtung an den Sportverein wird nach dem Bürgerausschuss zur Genehmigung vorgelegt werden.

Stv. Gailer (Soz.) rügt, wie es mit den 20 000 M Reize, die das Offizierkorps seinerzeit zum Bau der Reithalle zur Verfügung gestellt bekam.

Stv. Kemmle (U. S. P.) stimmt der Vorlage zu, sieht aber mit seiner Fraktion auf dem Standpunkt, daß die rückständigen Zahlungen von den verpflichteten Offizieren nachträglich eingezogen werden sollten. Die Reize von 1800 M, die der Sportverein zahlen sollte, sei zu hoch gegen die Abtragung von über 1150 M durch die Offiziere.

Bürgermeister Ritter stellt fest, daß das Offizierkorps ohnehin 5000 M verliert. Die Reize von 1800 M sei festgesetzt worden, weil verschiedene Kostentanten vorhanden sind.

Bürgermeister v. Hollander bittet, daß vom Fürsorgeamt rückständigen Zahlungen während des Krieges erfolgt seien. Er bitte die Fälle nachhaft zu machen.

Stv. Drensch (Soz.) stellt fest, daß seine Fraktion seinerzeit gegen die Vorlage gestimmt habe.

Stv. Appel (U. S. P.) bemerkt, daß er selber Reithallenbesitzer bei den Beiträgen gewesen sei und schüldert seinen eigenen Fall. Oberbürgermeister Dr. Rucker erklärt, daß der Fall Appel genau untersucht werde.

Gewährung einer einmaligen Ailderzulage für das darstellende Personal des Nationaltheaters.

Der Stadtrat hat beschlossen, daß aus den Vorkommnissen des Spieljahres 1918—19 ein weiterer Betrag von 15 000 M zum Zwecke der Gewährung einer einmaligen Ailderzulage an das darstellende Personal des Nationaltheaters zur Verfügung gestellt wird.

Nach einigen empfehlenden Worten des Stv. S. Selzinger einstimmig angenommen.

Bildung eines Ausgleichsfonds beim Nationaltheater.

Der Stadtrat sahnte folgenden Beschluss: Der Betrag, um den der städtische Zuschuß an das Nationaltheater im Spieljahr 1918—19 beim Rechnungsabgleich gegenüber der im Voranschlag eingestellten Summe zurückbleibt, ist in einem besonderen Ausgleichsfonds für kommende ungünstigere Theaterjahre zurückzulegen.

Stv. B. Pfeiffle setzt voraus, daß über die Verwendung des Ausgleichsfonds der Bürgerausschuss entscheidet.

Oberbürgermeister Dr. Rucker stellt fest, daß der Ausgleichsfonds die städtischen Zuschüsse mildern soll. Es sei objektiv durchaus richtig, daß die Einnahmen zu unglücklich ausgefallen wurden. Man müsse aber berücksichtigen, daß die Einnahmen schon im Oktober—November 1917 aufgestellt wurden.

Stv. Dr. J. J. J. (Dem.) wünscht, daß die gemischte Kommission, nachdem das neue Kollegium zusammengetreten, nunmehr zur Prüfung der Sachlage gebildet wird.

Stv. Dr. R. K. (Jr.) ist gegen den Ausgleichsfonds. Grund: Möchte er namens seiner Fraktion erklären, daß man alle notwendigen Aufwendungen immer bewilligen werde.

Stv. Kemmle (U. S. P.) lehnt namens seiner Fraktion ebenfalls die Vorlage ab.

Stv. Dr. J. J. J. (Dem.) ist für die Bewilligung der Vorlage, weil es zweckdienlich ist, den Ausgleichsfonds zu schaffen, über den der Bürgerausschuss jederzeit verfügen könne. In den nächsten Jahren würden die steuerlichen Ertragsverluste so ungenügend werden, daß man froh sein könne, derartige Fonds zu haben.

Oberbürgermeister Dr. Rucker bemerkt, daß man die vorgesehenen Gelder mehr als Refektorien aufstecke, um in künftigen Jahren auf diese zurückgreifen zu können. Heber jede Verwendung dieser Gelder solle der Bürgerausschuss vorher gehört werden.

Stv. Böttger (Soz.) stellt fest, daß die Meinung seiner Fraktion gespalten war. Die Ansicht, daß die Einnahmen des Nationaltheaters zu vermindert werden müßten, habe die Mehrheit gewonnen.

Deshalb werde sie für die Vorlage stimmen, zumal der Oberbürgermeister erklärt habe, daß über die Verwendung eines jeden Pfennigs der Bürgerausgabe entschieden solle.

Stv. Dr. Wöckel (Zentr.) hält das Geld in der Stadtkasse für sicherer, als im Ausgleichsfonds.

Stv. Vogel (Dem.) ist für den Ausgleichsfonds, weil die Theaterverhältnisse in den nächsten Jahren sehr ungünstig werden würden. Der Theaterbesuch werde nachlassen und die Ausgaben andererseits nicht zurückgehen. Die Vertreter der Fraktionen, die im vorigen Jahre gegen den Sparantrag waren, sollten heute speziell für die Vorlage sein.

Oberbürgermeister Dr. Ruker sieht in dem Ausgleichsfonds lediglich eine Ersparnis. Die Effizienz des Theaters werde dadurch nicht gefährdet. Die nachdrückliche Unterstützung des Staates sei notwendig, der in Mannheim für höhere Kulturzwecke bisher 14,4 auf den Kopf geleistet habe. (Hört, hört!) Das Theater wäre ein Gebiet, in dem der Staat eingreifen müßte, wenn nicht sehr schwere Zeiten kommen sollten.

An der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage mit 68 gegen 24 Stimmen (Zentrum und Unabhängige) angenommen.

Zuschuß zum Krippe-Mütterheim Schwelingerstadt.

Der Stadtrat bewilligt dem Krippe-Mütterheim Schwelingerstadt einen Zuschuß von 2000 M zur Einrichtung einer Wassermesserbereitungsanlage im Hause Sedanheimerstr. 11 unter dem Vorbehalt, daß die Anlage bei einer etwaigen Aufgabe des Heims in das Eigentum der Stadt übergeht. Die Mittel sind aus der Rücklage des Voranschlags zu nehmen.

Stv. Hahn hebt bei der Begründung hervor, daß es sich um eine private Anstalt handelt und empfiehlt die Annahme der Vorlage. Er fragt, ob auf den derzeitigen Mangel an Brennstoffen Rücksicht genommen worden ist.

Stv. Frau Blase (Soz.) tritt in längeren Ausführungen für eine intensive Säuglingsfürsorge ein und zieht zum Vergleich die früheren Leistungen heran. Rednerin verlangt, daß derartige Unternehmungen in Zukunft in eigene Regie der Stadt übernommen werden. Ihre Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Bürgermeister v. Hollander stimmt den Ausführungen der Rednerin zu. Man ist aber vorläufig noch auf die privaten Anstalten angewiesen. In Bezug auf die Versorgung mit Brennstoffen wolle die Stadt das Unternehmen mit in erster Linie berücksichtigen.

Stv. Appel (U. S. P.) stimmt der Vorlage zu unter der Voraussetzung, daß derartige Einrichtungen möglichst bald in städt. Regie übergeführt werden. Mittel zur Übernahme des Krippe-Mütterheims seien vorhanden.

Stv. Hahn (Soz.) stellt im Gegensatz zu dem Redner auf dem Standpunkt, daß die Anstalt in der Wassermesserbereitungsanlage unabhängig gemacht werden muß.

An der darauffolgenden Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Verbreiterung der Straßenbahnwagenhalle in den Spelzengärten.

Der Stadtrat genehmigt die Erweiterung der Straßenbahnwagenhalle 2 in den Spelzengärten durch einen Anbau mit 14 Wagenständen. Zur Deckung des Aufwandes ist der Betrag von 20 000 M aus Anleihemitteln mit einer Verzinsungsfrist von 10 Jahren zu bewilligen.

Begründung: Die ungewöhnliche Zunahme des Straßenbahnverkehrs hat eine viel rascheren Vergrößerung des Wagenparks der Straßenbahn notwendig gemacht, als früher angenommen werden konnte. Jetzt verfügt die Straßenbahn Mannheim-Ludwigshafen über 356 Personewagen, von den nur 337 in den vorhandenen Wagenhallen untergebracht werden können, während für 19 Wagen eine Unterbringungsmöglichkeit nicht vorhanden ist. Da die durch die Kriegsverhältnisse in ihrem Betriebswert an sich zurückgegangenen Wagen durch das Stehen im Freien noch mehr leiden, ist bei der Schaffung eines Unterstandes dringend erforderlich. Bei der Wagenhalle in den Spelzengärten besteht die Möglichkeit, durch einen einfachen Anbau mit geringen Mitteln Raum zur Unterbringung von 14 Wagen zu gewinnen. Der vom Straßenbahnamt im Benehmen mit dem Hochbauamt bearbeitete Entwurf dieses Anbaues paßt sich architektonisch vollkommen der bestehenden Halle an. Für die nach Erstellung des Anbaues noch nicht untergebrachten 8 Wagen und die künftig zu beschaffenden Wagen wird sich in der Wagenhalle Collinsstraße Raum ergeben, wenn die jetzt in der Wagenhalle untergebrachten Waggons nach der neuen Hauptverkehrsfläche, deren Entwurf sich zurzeit in Bearbeitung befindet, verlegt werden können.

Bürgermeister Ritter gibt bekannt, daß der Stadtrat nicht 40 000 M, sondern 25 000 M anfordert.

Stv. Seizinger empfiehlt kurz die Annahme der Vorlage, die ohne Debatte einstimmig erfolgt.

Neuregelung des Straßenbahntarifs und des Wasser-, Gas- und Strompreises.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wird beschloffen, in die allgemeine Erörterung über die vier Vorlagen gemeinsam einzutreten. Bei der Neuregelung des Straßenbahntarifs liegt ein gleichlautender Antrag des Zentrums und der Mehrheitsfraktionen vor: den Fahrpreis für Kinder bis zu 12 Jahren an Sonn- und Werktagen einheitlich auf 15 P. festzusetzen.

Stv. Hahn bemerkt in Begründung der Vorlagen, daß die Erhöhungen der Tarife und Gebühren aus der Not der Zeit geboren wurde. Die vier Vorlagen zusammen beanspruchen eine Mehraufwendung von 8 000 000 M. Bei der Erörterung der Gründe, die zu der Erhöhung geführt hätten, hebt der Redner hervor, daß vor allem die enorme Steigerung der Rohmaterialpreise hierzu den Anlaß gegeben hätte. Der Redner empfiehlt schließlich die Vorlage.

Stv. Zimmermann (Soz.) hält die Straßenbahn für das Schmerzenskind der Stadt. Der Mannheimer Straßenbahntarif sei einer der teuersten in Süddeutschland. Der Kindertarif (Sonntags 20, Werktagen 15 P.) sei unhalber. Die Kinder würden viel zu teuer befördert. An Sonntagen müßten die Kinder möglichst billig an die Peripherie der Stadt zur Erholung befördert werden können. Eine härtere Auslegung des Fahrplans würde die Wirtschaftlichkeit erhöhen. Zu befürworten sei in den Zeiten des Steinemangels die Anschaffung der Fahrkarten-Blöcke. Fahrkarten seien in zu großer Zahl ausgegeben worden. Bei der Stadt würden die Freifahrkarten nicht durch die Diener, sondern durch die Bureauisten benutzt. Es müßte stattdessen festgestellt werden, wieviel Köpfe vom Fahrpersonnel auf 1000 Fahrpläne kommen. Seine Fraktion sei gegen die Schraube ohne Ende.

Stv. Böhme (Soz.) bemerkt in Entgegnung des Redner, daß die Hauptkosten auf das Personal entfallen. Er ist auch der Ansicht, daß man mit der Fahrpreiserhöhung endlich am Höhepunkt angelangt ist. Weiter ist er der Ansicht, daß man auch für die Kinder wochentags 20 P. erheben solle. Wie Vergleiche mit den anderen Straßenbahnen hielten. Der Tarif sei in der Hauptsache eine Folge der Vorkriegshaltungen. Die Fahrkarten-Blöcke werden, sobald der neue Tarif in Kraft tritt, zur Einführung gelangen.

Stv. Wöckel (Dem.) wünscht Generalabstufungen.

Oberbürgermeister Dr. Ruker stellt fest, daß er dann jeden Redner unterbrechen müßte, der sich in Einzelheiten verliere.

Auf Vorschlag des Stv. Wöckel (Soz.) wird beschloffen, die Straßenbahnvorlage gesondert zu erörtern und über die anderen drei Vorlagen zusammen zu debattieren.

Stv. Spelbel (Dem.) möchte die Fahrkartenblöcke baldmöglichst eingeführt wissen.

Stv. Wöckel (Dem.) wendet sich gegen die mehr und mehr überhandnehmende Fahrpreiserhöhung. Es scheint auch, daß hinsichtlich der Arbeiterwohntarife ein zunehmender Widerspruch zwischen Arbeitern und Kapitalgebern besteht. Es sei nicht anzunehmen, daß in Mannheim 15 000 Arbeiter seien, die ein Einkommen von unter 2000 M haben. In Bezug auf die Freifahrkarten sei manche Reform zu schaffen. Es sei abschließend, daß gerade besitzlose Leute im Besitz von Freifahrkarten seien. Aber, was soll man sagen, wenn heute noch Offiziere vom Regiment 110 über Stadterordnete, die heute nicht mehr im Rollentum sind, noch Freifahrkarten haben? Der Redner spricht sich für die Einführung eines Einheitsstarifs aus. Im übrigen bringt der Redner verschiedene Mißstände zur Sprache. U. a. solle auf der Stufe 5 von 9 Uhr vormittags ab der 5 Minuten-Tarif

eingeschränkt werden. Er tritt dafür ein, daß die Kinderfahrkarte von 15 Pfg. auch an Sonntagen in Geltung bleiben.

Stv. Arnegger (Soz.) bringt u. a. Spezialwünsche bezügl. des Vororts Waldhof.

Stv. Vogel (Dem.) wendet sich ebenfalls gegen den Kinderfahrpreis. Man solle Schülerbesuche ausgeben.

Stv. Wöckel (U. S. P.) erklärt, daß seine Fraktion trotz mancher Bedenken dem Tarif zustimmen werde. Der Redner wendet sich aber ebenfalls gegen den Kindertarif. Seine Fraktion werde den sozialdemokratischen Antrag zu dem übrigen machen.

Stv. Robert Haas (Dem.) fordert Maßnahmen zur Milderung der Ueberfüllung der Straßenbahnwagen. Des weiteren spricht sich der Redner gegen die Erhöhung des Kindertarifs an Sonn- und Feiertagen aus, da hieron nur die Kinder der unteren Schichten betroffen würden. Er fordert schließlich Einführung von Fahrkarten für Kinder.

Stv. Böhme (Soz.) stellt fest, daß sich das Wagenmaterial in einer bedauerlichen Lage befindet. In Ludwigshafen müßte die Linie 9 eingestellt werden. In Mannheim kann der Betrieb nur mit größter Mühe aufrechterhalten werden. Es wird nicht mehr in der wünschenswerten Weise geleistet. Die Einstellung einer größeren Menge Wagen scheitert an ihrem Zustand. Schülerkarten werden schon jetzt zu ermäßigten Preisen ausgeben. Die Straßenbahn wurde in erschreckendem Maße demotiert. Man sollte jeden Fall der Staatsanwaltschaft anzeigen. Die Moral ist so gesunken, daß sich niemand scheut, die Straßenbahn zu beschmutzen.

Stv. Wöckel (Soz.) wendet sich auf den Einfluß der Straßenbahntarife auf die Verteilung der Wohnungsverhältnisse und wünscht die Fortführung der bisherigen Vorortspolitik. Es müsse auch in Zukunft möglich sein, daß der Arbeitermittelschicht zu erschwinglichen Fahrpreisen nach seiner Wohnortwohnung gelangen kann.

Stv. Böhme (Dem.) stellt fest, daß die Fahrpläne den Betrieb erschweren. Es müßten wieder anständig werden. Die Verhältnisse im Straßenbahn- und Staatsbahnverkehr in den Vororten seien geradezu hartfährlich. Man sollte das viele Umsteigen vermeiden. Es sei eine zweckmäßigere Unterführung und eine Vereinfachung des Tarifs notwendig. Unter der Abschaffung der Streckentarife müßten nur die Einzelfahrten bleiben. Bei den Kindern sollte der gleiche Tarif für Sonn- und Werktagen eingeführt werden.

Stv. Kaiser (Zentr.) weist rechtlich die Unmöglichkeit nach, daß ein Mann mit einem mittleren Einkommen im Vorort wohnen kann. Es sollte ein einheitlicher Wohntarif von 1 M für Schüler eingeführt werden. Der Schüler müßte daselbst begünstigt wie ein Arbeiter, der 6000 M verdiene.

Bürgermeister Ritter geht auf die Ausführungen der Redner bezüglich des Kindertarifs ein. Der Stadtrat werde sich jedenfalls für einen Einheitsstarif entscheiden.

Stv. Arnegger (Soz.) ist der Ansicht, daß durch eine zweckmäßigere Verteilung des Verkehrs manche Unzulänglichkeiten beseitigt werden könnten. Bei der Geldentwertung müßte eine höhere Grenze als 3000 M für Fahrkarten eingeführt werden.

An der darauffolgenden Abstimmung wird der Stadträtliche Antrag mit Ausnahmsweise des Kindertarifs einstimmig angenommen. Der Kindertarif wird mit Einverständnis des Stadtrats auf einheitlich 15 Pfg. festgesetzt.

Stv. Bender (D.-N.) spricht sich in längeren Ausführungen für eine Trennung der städtischen Regiebetriebe aus.

Stv. Dreyfuß (Soz.) erklärt das Einverständnis seiner Fraktion mit den Vorlagen. Er geht auf dem Standpunkt, daß für die Betriebe, die mit Unterbrechung arbeiten, eine Staffelung der Gebühren zweckmäßig sei. Das Rabattoesen müsse in Wegfall kommen.

Stv. Wöckel (Dem.) erklärt für die demokratische Fraktion ebenfalls die Zustimmung zu den Vorlagen. In Mannheim komme man in den Tarifen über die Mittelklasse hinaus. Man müßte das Augenmerk darauf richten, daß bei den städtischen Betrieben in Zukunft die Leitung auf mehrere Schultern übertragen werde. Der Kohlenhandel sei heute schon auf unser Wirtschaftsleben von derartig einschneidender Wirkung, daß selbst für den Fall, daß die Strecken im Kohlenbergbau beendet sind, für den Winter die Gefahr einer Katastrophe besteht. Auch sollte die Leitung der städtischen Werke der Kontrolle der Kohlenförderung anvertraut werden.

Stv. Dr. Wittjak (D.-N., Sp.) befürchtet, daß sich an die Erhöhung der Gebühren weitreichende wirtschaftliche Folgen knüpfen könnten. Es sei zu erwarten, daß der ganze Freibetrag von 4-5 Millionen M. voll und ganz auf die Konsumenten abgemacht werden würde. Es bliebe nur der eine Weg übrig, daß wenigstens ein Teil des Mehretrages durch eine Anleihe gedeckt werde.

Stv. Dr. Jettelahn (Dem.) sieht mit seiner Fraktion auf dem Standpunkt, daß nur ganz ausnahmsweise etwas aus Anleihemitteln genommen werden kann.

Oberbürgermeister Dr. Ruker macht darauf aufmerksam, daß eine weitere Anlagenerhöhung kommt.

Stv. Kemmele (U. S. P.) meint, daß ein Umbau der Gebührenstatistik müßte, hauptsächlich bei Gas und Wasser. Bei den Gasautomaten sollen 150 Prozent zugesprochen werden, eine Steigerung, die unannehmbar sei. Die Staffelung müsse wie bei der Steuer erfolgen. Seine Fraktion lehne deshalb die Gas- und Wasser-vorlagen ab.

Oberbürgermeister Dr. Ruker meint, man könne aber die Tarifgrundlagen verschiedener Meinung sein. Ein Grundbesitzer habe nicht immer großen Reichtum. Es werde aber zweckmäßig sein, die Tarifgrundlagen einer Prüfung zu unterziehen.

An der darauffolgenden Abstimmung wird die Neuregelung des Wasser- und Gaspreises mit allen gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen. Die Annahme der Strompreisvorlage erfolgt einstimmig.

Errichtung von Stadtkolonien während der Sommerferien.

Der Stadtrat hat beschloffen, zur Errichtung von Stadtkolonien während der Sommerferien 13 000 M aus „Unvorhergesehenem“ des Hauptvoranschlags zu bewilligen.

Stv. Wöckel (U. S. P.) begründet und empfiehlt die Vorlage.

Stv. Dr. Friedmann (Soz.) hält es für notwendig, daß die Zahl der Stadtkolonien erheblich vermehrt wird. Er regt an, daß seitens der Lehrer an die Sportvereine herangetreten wird, um deren Mitwirkung für die Errichtung der Kolonien zu gewinnen. Die Stadt müßte die Räume für die Ferienkolonien selber in die Hand nehmen.

Oberbürgermeister Dr. Ruker bemerkt, man dürfe die Tätigkeit der privaten Vereine auf dem Gebiete der Jugendfürsorge nicht unterschätzen. Es haben vielfach den Weg geahnt zur Übernahme der Ferienkolonien durch die öffentlichen Körperschaften.

Stv. Fr. Guise (Deutschmann.) stellt fest, daß im Vorjahre der Besuch der Stadtkolonien zum Schluss zu wünschen übrig ließ. Die Hauptursache war der zu frühe Beginn (7 Uhr). Von Ausflüßern war keine Rede. Die Stunde des Beginns sollte auf 8 Uhr hinausgerückt werden, für Mädchen, die zu Hause benötigt werden, auf halb 9 Uhr. Die Eltern sollten die Einrichtung würdigen und die Kinder regelmäßig schicken. Auch sollte nicht ohne Not übers Essen gekostet werden.

Stv. Wöckel (U. S. P.) meint, man sollte die Vergütung für die Führer etwas erhöhen.

Stv. Böhme (U. S. P.) ist mit seiner Fraktion für die Vorlage. Nur sollte man mit derartigen Dingen früher kommen. Nach der richtigen Auffassung dürften den Kindern keine Schwierigkeiten erwachsen.

An der darauffolgenden Abstimmung wird die Stadträtliche Vorlage einstimmig angenommen.

Vermehrung der städtischen Lehrstellen am Realgymnasium, an der Oberschule, Volksschule und Elementarschule.

Der Stadtrat schlägt vor: Entsprechend dem Antrag des Unterrichtsministeriums werden an den nachgenannten höheren Lehranstalten weitere städtische Stellen für wissenschaftlich gebildete Lehrer erledigt und zwar: 1. an Realgymnasium: 3 Stellen (davon 1 im Jahre 1919 und 2 im Jahre 1920); 2. an der Oberschule: 1 Stelle im Jahre 1920; 3. an der Volksschule: 4 Stellen (je 1 in den Jahren 1919 und 1920); 4. an der Elementarschule: 3 Stellen (je 1 in den Jahren 1919 und 1920). Die erforderlichen Wirtschaftsmittel werden zur Verfügung gestellt.

Nach der Begründung berechnet sich der jährliche Mehraufwand aus der Vermehrung der Lehrerstellen wie folgt: a) für 3 Professoren an den drei Anstalten zu je 2500 M. = 7500 M. abzüglich der in Wegfall kommenden Besoldung für 3

Praktikanten mit durchschnittlich je 1900 M. = 5700 M. verbleibt 4400 M.; b) für die beiden Professorenstellen an der Elementarschule unter der Annahme des niedrigen Gehaltsfußes mit je 2500 M. zu jährlich je 900 M. Wohnungsvergütung = 2 x 3400 M. = 6800 M., abzüglich der in Wegfall kommenden Durchschnittsvergütung für 2 Praktikanten mit 3000 M., somit zu 1/2 aus 2900 M. gleich 1450 M. Stv. W. Jürgig spricht bei Begründung der Vorlage über das Verhältnis der städtischen und privaten Lehrstellen an den verschiedenen höheren Schulen. Im nächsten Budget der Redner um Annahme der Vorlage.

Die Annahme erfolgt hierauf einstimmig.

Bürgerschaftsübernahme für den Ortsauschuß zur Bekämpfung der Tuberkulose Waldhof C. D.

Der Stadtrat macht den Vorschlag, daß die Stabskommande die Bürgerchaft für die Bekämpfung der Sperrstraße Mannheim an den Ortsauschuß zur Bekämpfung der Tuberkulose Waldhof C. D. aus Darlehen in Höhe von 20 000 M zum Ankauf des Erholungsheims im Kaiserhof Wald übernimmt.

Stv. Seizinger empfiehlt die Vorlage.

Stv. Frau Rehl (Soz.) beleuchtet die Notwendigkeit der Tuberkulosebekämpfung angesichts der enormen Sterblichkeit an dieser Krankheit.

Stv. Dr. Wöckel (Zentr.) meint, daß man auch die private Liebestätigkeit nicht plötzlich durch die Vereinnahmung abgelöst werden könne. Reiten Sie den sozialistischen Geist nicht zu rasch, sonst geht er Ihnen eines schönen Tages durch.

Stv. Wöckel (Soz.-Soz. Bgg.) ist ebenfalls der Ansicht, daß man nicht die mehr als hundertjährige Mannheimer private Fürsorgeanstalt auf einmal sozialisieren könne. Man sollte etwas Besseres sich erwählen. Man würde staunen über die Summen, die notwendig seien, wenn man die Fürsorgeanstalt nach der Art der städtischen Regiebetriebe betreiben wollte.

Stv. Kemmele (U. S. P.) wendet sich gegen die beiden Vorredner. Wenn die Allgemeinheit die Mittel aufbringt, dann hätte auch die Allgemeinheit die Liebestätigkeit zu übernehmen. Man solle die Rechte beiseite lassen, die mit der privaten Liebestätigkeit verbunden sind. Wir leben heute nun einmal in einer andern Zeit, als vor hundert Jahren.

Stv. Schöy (Soz.) Es sei debattierbar, daß bisher die Liebestätigkeit den privaten Kreisen überlassen blieb. Es müsse daher gerade deshalb verlangt werden, daß in Zukunft der Staat oder die Stadtverwaltung auf diesem Gebiete sich mehr betätigt.

Stv. Köhler (Zentr.) stellt fest, daß Kinder aus der ganzen Stadt in das Erholungsheim aufgenommen werden. Hoffentlich würde die Einrichtung bald in den Besitz der Stadt übergehen.

Stv. Dr. Wöckel (Zentr.) laßt den Stv. Kemmele ein einen Rundgang zu machen, damit er einen Einblick in die Größe dieser Liebestätigkeit bekomme.

Stv. Kemmele (U. S. P.) verspricht sich nicht viel von dem Rundgang, weil die Ansichten über diese Dinge zu verschieden seien.

An der darauffolgenden Abstimmung wird die Stadträtliche Vorlage einstimmig angenommen.

Die übrigen Vorlagen: Aufhebung der Vorherrschaften an der Elisabeth- und Elisabethstraße, Ortstatut über die Zusammenfassung des Stadtrats, Allgemeine Bestimmungen über die Zusammenfassung und die Tätigkeit der gemäß § 27 St. O. gebildeten Kommissionen der Stadt Mannheim (Ortsstatut) und Änderung verschiedener Ortstatute werden zurückerstattet.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Betrachtungen über die gestrige Bürgerauswahl.

Der Bürgerauschuß hat gestern von 3.50 bis 9 Uhr getagt. Und trotzdem konnte die 24 Punkte umfassende Tagesordnung nicht erledigt werden. Vier Gegenstände, die keine besondere Eile haben, wurden für die nächste Sitzung, welche noch im Laufe des August stattfinden soll, zurückgestellt; Aufhebung der Vorherrschaften an der Elisabeth- und Elisabethstraße (Gesetzesänderung), Ortstatut über die Zusammenfassung des Stadtrats, Allgemeine Bestimmungen über die Zusammenfassung und die Tätigkeit der gemäß § 27 St. O. gebildeten Kommissionen der Stadt Mannheim (Ortsstatut) und Änderung verschiedener Ortstatute. Ramentlich die beiden letzten Punkte dürften nach einer ziemlich ausgedehnten Debatte hervorgerufen. Handelt es sich doch bei dem Ortstatut über die Zusammenfassung des Stadtrats um die grundrührende wichtige Frage der Konfession von beiderseitigen Stadträten.

Zwei dringende finanzielle Angelegenheiten wurden auf Vorschlag des Oberbürgermeisters zu Beginn der außerordentlich gut besuchten Sitzung — 101 Mitglieder waren anwesend — vorgeworfen: Aufnahme eines Darlehens und einer Anleihe. Da uns die Vorlagen erst gestern zugestellt wurden, berichten wir darüber eingehend im vorstehenden Sitzungsbericht. Die Stadtverwaltung kann das Darlehen zu außerordentlich günstigen Bedingungen erhalten. Es lag infolgedessen kein Grund vor, die Aufnahme abzulehnen, zumal das Geld dringend benötigt wird. Nicht anders verhält es sich mit der Anleihe. Die 25 Millionen werden zwar erst im nächsten Jahre gebraucht, aber da man nicht weiß, wie 1920 der Anleihemarkt aussehen wird, so ist es immerhin besser, man sichert sich jetzt schon diese Summe. Der Obmann des Stadtelementarvorstandes äußerte über die Notwendigkeit der Anleihe Bedenken. Als aber Bürgermeister Ritter in eingehenderen Erörterungen das schnelle Zugreifen befürwortete, da mußte sich schließlich auch das Kollegium davon überzeugen, daß ein längeres Zuwarten für die städtischen Finanzen nicht von Vorteil ist. Bei der Vorlage über die Bildung eines Ausgleichsfonds beim Nationaltheater wurde vom Oberbürgermeister wiederholt versichert, daß die Verwendung dieses Fonds in keiner Weise der Zukunft der Kollegien entgegen zu sein wird. Die Mittel werden in den Voranschlag eingestellt und unterliegen infolgedessen der Kontrolle des Bürgerauschusses. Bemängelt wurde, daß der Voranschlag für das Spieljahr 1918/19 so „vorsichtig“ aufgestellt wurde, daß sich das Rechnungsergebnis vermutlich um etwa 225 000 M. günstiger stellt. Vom Oberbürgermeister konnte darauf erwidert werden, daß die Einnahmen bereits im Oktober/November 1917 veranschlagt wurden, zu einem Zeitpunkt, der nicht voraussehen ließ, daß sich der Theaterbesuch trotz der erhöhten Eintrittsgelder so günstig gestalten würde, wie es tatsächlich erfreulicherweise der Fall gewesen ist. Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Anregung des Stv. Dr. Jettelahn unterstreichen, daß die „gestrichelte Kommission“, die i. Zt. zur Beratung einer grundlegenden Neuregelung des Theaterbetriebes eingesetzt wurde, endlich in Tätigkeit tritt und gleichzeitig entsprechend der Zusammenfassung des neuen Bürgerauschusses neu gewählt wird. Im übrigen ist es nur zu begrüßen, daß ein Theaterausgleichsfonds vorhanden ist, der die Verminderung des städtischen Zuschusses gestattet. Man darf dabei wohl die Erwartung aussprechen, daß es den Bemühungen der Stadtverwaltung gelingt, die Staatsregierung zu einer größeren finanziellen Unterstützung des Mannheimer Nationaltheaters zu bewegen, als es bisher durch die Verortung des Großherzogs geschehen ist.

Am Mittelpunkt der Erörterungen stand die Neuregelung des Straßenbahntarifs und die Erhöhung der Gebühren für den Bezug von Wasser, Gas und Strom. Der Oberbürgermeister verfuhr über die vier wichtigsten Gegenstände dadurch, daß er sie zusammen aufrief, ließ eine Generalabstufung herbeiführen. Das Kollegium verlor sich aber schon beim Straßenbahntarif in Einzelheiten, daß der allgemeine Charakter der Aussprache sofort vernichtet wurde. Über die Einzelheiten der vier Vorlagen sind unsere Leser unterrichtet worden. Wir wollen, daß die Preisermäßigungen eine naturgemäße Folge der Verbesse rung der Bezüge des Personals und der enormen Verteuerung der Betriebskosten sind. Benötigt doch von der städtischen Mehrbelastung des Wasserwerks im Betrage von 335 000 M die Kohlenpreiserhöhung allein 124 000 M. Beim Gas- und Elektrizitätswert ist das Verhältnis noch viel einschneidender. Entfallen doch beim Gaswerk von der städtischen Mehrbelastung von 1 838 000 Mark allein 920 000 M auf die Kohlenpreiserhöhung. Beim Elektrizitätswert verfallt von der städtischen Mehrbelastung von 1 892 000 M die Kohlenpreiserhöhung 1 057 000 M. In den Einzelheiten der Tarifherabsetzungen konnte infolge dieser Sachlage nicht viel geäußert werden. Die Bürgerchaft muß sich mit den neuen Tarifsen genau so abfinden, wie mit der Last, daß eine rasch wachsende Lastenerhöhung unermesslich ist.

Bei der eingehenden Aussprache über den Straßenbahntarif wurde am Betrieb mangelhaft ausgeführt. Es scheint, daß manches viel einfacher und damit billiger gestaltet werden könnte. Am interessantesten gestalteten sich die Ausführungen des Stv. R. und Haas, eines Mitgliedes der Zentrumsfraktion, der in seiner Eigenschaft als Straßenbahnschaffner aus eigener Erfahrung verschiedene Mängel im Straßenbahnbetrieb recht eindrucksvoll zu schildern vermochte. Man bekam da manches zu hören, was nicht allgemein bekannt ist. Dagegen darf es als ein offenes Geheimnis bezeichnet werden, daß die Straßenbahn von den Fahrgästen in der unerhörtesten Weise bemogelt wird. Tausende und aber tausende gehen auf diese Weise täglich verloren. Ein Redner bemerkte ganz richtig, daß diese Zustände nicht beseitigt werden können, solange diejenigen, welche die Straßenbahn bemogeln, nicht wieder erwischt werden. Das Empfinden dafür, daß er die Allgemeinheit schädigt, wenn er schwarz fährt, ist in den letzten Jahren selber Gottes sehr vielen abhanden gekommen. Im übrigen wäre es gut, wenn in einer Spezialkommission alle aufgeworfenen Fragen einmal gründlich erörtert würden, vor allem nach der Richtung, ob der Betrieb nicht vereinfacht und dabei rationeller gestaltet werden könnte. Auf Vorschlag des Zentrums- und sozialdemokratischer Seite wurde beschlossen, den Tarif für Kinder von 6-12 Jahren einheitlich für die Wert- und Sonntage auf 15 Pfg. festzusetzen. Man wollte die Kinder Sonntags nur zu 20 Pfg. fahren lassen. Im übrigen wurden die Stadträtlichen Anträge unverändert gutgeheißen. Bei Gas und Wasser stimmte die L. S. B. aus prinzipiellen Gründen dagegen.

In vorgeschriebener Stunde kam es bei der Besprechung der Bürgervereinsübernahme für den Ortsausschuß zur Beantwortung der Tuberkulose Waldhof noch zu einer ziemlich erregten grundsätzlichen Aussprache. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Standpunkt vertreten, daß alle privaten Initiativen entsprechenden Fürsorgeeinrichtungen möglichst schnell sozialisiert werden müßten. Demgegenüber wurde von den bürgerlichen Rednern, namentlich von dem Zentrumsmitglied Dr. Koetel, mit Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß man auch in der letzten Zeit die private Arbeitstätigkeit nicht entbehren kann, weil sie nach anderen Gesichtspunkten wirkt und strebt, als es nach einer Kommunalisierung der Fall sein kann. Wir würden tatsächlich unser blaues Wunder in finanzieller Beziehung erleben, wenn die bewährten privaten Mannheimer Fürsorgeeinrichtungen nach der Art der städtischen Regiebetriebe bewirtschaftet würden.

Aus Stadt und Land.

Deutsche demokratische Partei Mannheim.

1. Ordentliche Mitgliederversammlung.

In der am Montag stattgefundenen ordentlichen Mitgliederversammlung, die in Vertretung des am Erscheinen verhinderten bisherigen 1. Vorsitzenden von Herrn Landgerichtsrat Dr. Wolfhard geleitet wurde, fand die Neuwahl des Parteivorstandes statt. Nachdem Herr Stadtrat Vogel den Wunsch geäußert hatte, mit Rücksicht auf die harte Inanspruchnahme als Mitglied des Stadtrates und des Landtags von seiner Person abzusehen, wurde in geheimer Abstimmung der bisherige 2. Vorsitzende, Herr Landgerichtsrat Dr. Wolfhard, ohne Gegenstand zum 1. Vorsitzenden, Herr Professor Bühn zum 2. und Herr Kaufmann Gustav Mayer-Dinkel zum 3. Vorsitzenden für das laufende Geschäftsjahr gewählt. Herr Dr. Wolfhard dankte den Parteimitgliedern für das Vertrauen und sprach in warmen Worten seinen Vorgängern Vogel und König für ihre langjährige Arbeit an der Spitze des Mannheimer Liberalismus den Dank der Partei aus. Der Antrag des neuen Parteivorstandes zu erstem Vizepräsidenten im Dienste der deutschen Demokratie wurde mit lebhaftem Beifall angenommen.

Sobann wurden noch zu Beisitzern gewählt: Dr. Altmann, Hofheimer, Mice, Witas, Bub, Mag. Kaufmann, Ellinger, Ernst, Rabemeyer, Grande, Mag. Ingenieur, Groß, Jakob, Stadtrat, Hader Georg, Dreher, Hauber, Barbara, Witwe, Maria, Wilhelm, Oberlehrer, Kern, Aug. Hauptlehrer, Knobel, Gustav, Oberlehrer, König, Friedrich, Rechenowalt, Adolfe, Ferdinand, Bernalter, Dr. Marc, Rudolf, Rechtsanwalt, Dr. Mann, Ludwig, Berenard, Mann, Alfred, Direktor, Mayer, Hans Hermann, Fabrikant, Rosbacher, Ludwig, Prof. Dr. Pohl, Max, Musiklehrer, Röllinger, Laura, Telegraphengehülfe, Scheel, Alfred, Theatordirektor, Schneider, Georg, Rädermeister, Seibold, Gottfr., Regierungsbaumeister, Dr. Siding, Anton, Stadtschulrat, Dr. Stern, Sally, Rechtsanwalt, Stern, Martha, Cheltra, Stiefel, Wilhelm, Hauptlehrer, Stodt, Karl, Ingenieur, Stockheim, Ludwig, Kaufmann, Bögtle, Karl, Kaufmann, Vogel, Karl, Stadtrat, Bollrat, Ludwig, hdt. Buchhalter, Dr. Weingart, Eugen, Rechtsanwalt, Fr. Wähler, Hedwig. Dem erweiterten Vorstand gehörten außerdem noch an die Vorsitzenden der Bezirksvereine Fabrikant Apfel, Schuhmachermeister Seilheimer, Oberlehrer Ebelmann, Hauptlehrer Rämmele, Kaufmann Wähler, Verlagsmeister Kudde, Schreinermeister Herz, Prof. Dr. Berzod, Prof. Dr. Gschelien, Stadtrat Knobel, Helmut, Altkadett Rupp, Sandhofen, Altkadett Michel, Röllinger, Ingenieur Baum, Walthof, Betriebsassistent Humacher, Rektor, Oberlehrer Enderlin, Friedheim, die Vorsitzenden der bisher gebildeten Arbeitsgemeinschaften: Oberingenieur Heffrich für die Techniker, Sandhaus Hauser für die Handwerker und Oberassistenten Rupp für die Lehrenten und Lehrer, sowie der Vorsitzende der „Demokratischen Jugend“, Eisenbahnbedienter Keller. Die Wahl der vier Arbeitsgemeinschaften (Finanz-, Presse-, Kolonisations- und Frauenausschuß) erfolgte durch Zufall; ebenso die Wahl der Herren Baer, Paroche, Bergerbach sowie Frau Bachendorn zu Rechnungsprüfern. Zwei Anträge, in denen praktische Vorschläge zur Ausgestaltung der Parteitätigkeit gemacht wurden, fanden einstimmige Annahme.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles der Generalversammlung berichtete Herr Oberstadtrat A. Scheel über den Berliner Parteitag. Da mir über die Tagung eingehend berichtet haben, erübrigt sich ein nochmaliges Eingehen auf Einzelheiten. Die Einbrüche und das Ergebnis des Parteitages führte der Redner schließend in die Worte zusammen: „Hartes Nationalemophilie und durchgreifende Sozialreform (Verbesserer Beifall). Die humorvolle Aufforderung des Vorsitzenden, durch Kauf der ausgelagerten Marken zur Stärkung des Wahlfonds beizutragen, hatte dankbaren Boden gefunden. In der Versammlung waren für 200 M. Werbemarken verkauft worden. Da eine Aussprache nicht gewünscht wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, am Aufbau des Vaterlandes praktisch mitzuarbeiten durch den Beitritt in die Einwohnerwehr als Organ der Sicherheit gegen den Bolschewismus.“

Kriegsgefangenen-Heimkehr.

Aufhebung des Sommerfestes auf den Remweiden.

Ein hiesiger Rechtsanwalt war beauftragt, seitens eines Schlichters mit dem Minister des Innern wegen des Verbotes bezug. Befreiung des Festes auf einen Tag zu verhandeln. Im Verlauf der gepflogenen Verhandlungen wurde ein Weg gefunden, auf dem das Fest an den 3. Tagen hätte stattfinden können. Bis Dienstagabend hatte die Festleitung von den Behörden noch keinen schriftlichen Bescheid über die Aufhebung des Verbotes vom 26. ds. Mts. Da infolgedessen die Zeit zum Aufbau der Zelte, Schaulustigungen und zur Herrichtung des Festplatzes nicht ausreicht, schloß sich die Festleitung zu ihrem Bedauern veranlaßt, das Sommerfest, trotz der gefürchten Entbindung, die auf Grund der durch den Rechtsanwalt übermittelten Stellungnahme des Ministers des Innern veröffentlicht wurde, für den 2., 3. und 4. August 1919 abzusagen.

Das Mannheimer Wochenblatt für 1919 ist nunmehr auch in seinem zweiten Teile erschienen und zum Preise von 13,50 M. vom Verlag Dr. G. H. v. S. u. S., F. 6, 2, zu beziehen. Der zweite Teil enthält Bescheiden und Vereine, Strafen und Bürgervereinsvereine sowie vollständiges Gewerbeverzeichnis nebst umfangreichem Nachtrag zum ersten Teil. Von besonderem Werte ist der dem zweiten Teile des

Wochenblattes beigegebene in Mehrfarbendruck ausgeführte neue Stadt- und Gewerkeplan von Mannheim und Umgebung. Solcher ist auch einzeln zum Preise von 5 M. käuflich.

Altkatholische Vereinigung. Die Wahlen zur Generalversammlung des Mannheimer Alt-Katholischen Vereins werden am Sonntag, den 2. August, abends 8 Uhr im Kasino, R. 1. 1. einen Vortrag halten über: Die Zukunft unserer badischen Landeskirche und der freie Protestantismus. Alle evang. Gemeindeglieder sind zu der geplanten Veranstaltung eingeladen, ganz besonders auch die Frauen, welche zum ersten Mal berufen sind, in kirchlichen Fragen mitzureden und bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stimme in die Waagschale zu werfen.

Miederconner Schwestern Marienhaus. Die neue Anstalt ist nunmehr soweit ausgebaut, daß zu dem Volkskindergarten auch die Mädchenschule eröffnet werden kann. Nächsten Sonntag vormittag wird mit dem 1. Kurse der Anfang gemacht. Ausgelöst findet auch ein Abendkurs statt für diejenigen, denen der Besuch des Tageskurses nicht möglich ist. Anmeldungen nimmt jederzeit die Schwester-Oberin entgegen.

Vorsicht beim Genuß englischer Zigaretten. Es mehren sich die Fälle von Erkrankungen infolge des Genußes der sog. englischen Zigaretten, welche allerdings zum Teil amerikanischen Ursprungs sind. Die englischen Zigaretten gelangen aus dem befestigten Gebiet in großen Massen ins Land. Der mit einem Diapylat bedeckte Tabak verurteilt bei starkem Konsum Uebelkeiten, Magenbeschwerden, Benommenheit. Bei manchen Personen treten auch Vergiftungsercheinungen auf. Auch Fälle von Lungenbluten sind, wie wir der „Süddeutschen Tabakia“ entnehmen, in Frankensachsen als Folge übermäßigen Genußes beobachtet worden. Also Vorsicht!

Verhaftung einer Einbrecherbande. Sämtliche Personen, die feinerzeit an dem schweren Einbruch in der Villa Freudenberg in Weinheim beteiligt waren, sind nunmehr verhaftet. Das Ausschreiben der Staatsanwaltschaft ist damit erledigt.

Vereinsnachrichten.

Grund- und Hausbesitzer-Verein E. V. Mannheim. In der Vereinsversammlung, die heute abend im „Durlacher Hof“ stattfand, wird Stellung genommen werden zu den Sozialisierungsplänen des Landeswohngesamts Dr. H. Kampffmeyer in Karlsruhe. Nachdem der Landesoberbau die Vorschläge aus sachlichen Erwägungen heraus bereits ablehnt, ist es notwendig, daß auch die Ortsvereine energisch Protest einlegen. Wir ersuchen um zahlreichste Beteiligung, damit die Veranlassung sich zu einer machtvollen Kundgebung des Hausbesitzes gestaltet.

Vergnügungen. Der Hias, das bayerische Volkstheater mit Gesang und Tanz, ist im Apollotheater nur noch heute Wittmoach und morgen Donnerstag zu sehen. Wir machen alle Freunde urwüchsigen Humors und schlichten Heldentums auch an dieser Stelle auf die letzten beiden Vorstellungen aufmerksam.

„Schauburg“. Das letzte Programm mit dem höchsten „Dorrit Weigler“ Film und dem übrigen Manyprogramm bildet, wie nicht anders vorauszusehen war, das Stadtgespräch. Das neue Programm enthält den sehr interessanten Detektiv-Roman „Unter der Maske“, ferner den großen Film „Die Besten“, das ergreifende Drama eines jungen Mädchens, sowie das Lustspiel „Ein einziger Patient“, das wieder jeden Geschmack befriedigen dürfte. Wie wir hören, bringt die überaus rührige Direktion auf kommenden Sonntag den großen Kulturfilm „Hieb“, auf den wir noch näher zurückkommen.

17. Verbandstag des Verbands der badischen Grund- und Hausbesitzer.

Am Sonntag fand in Karlsruhe der 17. Verbandstag des Verbands der badischen Grund- und Hausbesitzer statt. Die Verhandlungen wurden geleitet von dem Verbandsvorsitzenden Dr. Weingart-Mannheim. Als Vertreter von Bekleidenden nahmen der Tagung teil: Ministerialrat Junghans vom Arbeitsministerium, Amtmann Engler vom Bezirksamt Karlsruhe, Bürgermeister Dr. Paul als Vertreter der Stadt und Oberbürgermeister Stadler.

Wie aus dem Geschäftsbericht zu ersehen ist, zählt der Verband 34.120 Einzelmitglieder, 640 mehr als im Vorjahr. Das Hauptinteresse der Verbandstung beanspruchte die anstehende Sozialisierung des Wohnungswesens.

Erster Vizepräsident war Professor van der Borgh-Beit. Der Redner beschäftigte sich eingehend mit dem in den Tagesarbeiten vielfach besprochenen Vorschlag des badischen Wohnungsinpektors Dr. Kampffmeyer über die Reform des Wohnungswesens. Der Vorschlag, so meinte der Redner u. a., ist nicht anders als ein Glied in der langen Kette von Anträgen, die darauf hinauslaufen, das ganze Wohnungswesen zu sozialisieren, d. h. den ganzen Grundbesitz an der Hand der privaten Besitzer zu nehmen und sämtliche Häuser Wohnungsgemeinschaften in Verwaltung zu geben. Die Behauptung der Wohnungswesenreform, die private Grundbesitz habe wie dem Rechte verfallt, ist unrichtig. Gerade die Gestaltung des Wohnungswesens durch das private Kapital war eine Kulturarbeit ersten Ranges. Wenn nicht mehr Mietwohnungen gebaut werden, so ist das einleuchtend daraus zu sehen, daß kein Behälter dafür vorhanden war. Weiter darf nicht vergessen werden, daß wir zur Aufrechterhaltung unseres wirtschaftlichen Lebens Groß- und Mittelstädte ebenso unbedingt notwendig haben wie Kleinstädte. Der Redner beschäftigte sich sodann in Angeregten Ausführungen mit den Reformvorschlägen des Herrn Dr. Kampffmeyer. Der ganze Vorschlag läuft darauf hinaus, das ganze wirtschaftliche Leben in eine harte Form, in eine erbarmende Planwirtschaft hineinzubringen. Das Wohnungswesen soll aber nur entwickelt in der Form freier Selbstverwaltung und unter der Mitverantwortung der Einzelnen. Auch von moralischen Standpunkt aus ist die Sozialisierung des Wohnungswesens zu verwerfen. Überwiegend wird von den Wohnungswesenreformern die Idee der Gemeinamkeit in der Sache der drei Klassen. Von diesen Gemeinamkeitsinteressen der Untereinander der Einzelnen unter das Ganze ist gerade in der gegenwärtigen Zeit sehr wenig zu hören. (Sehr richtig.) Ueber die Anwendung der Mittel für die Vergemeinschaftung des Wohnungswesens geht Herr Dr. Kampffmeyer leicht hinweg. Auch hier sind es die Kleinstädte, die leiden werden. Eine Verbesserung des Wohnungswesens wird nicht einleiten, wohl aber eine Verschlechterung. Die Mieter müßten das ganze Risiko über sich nehmen, Neubauten zu übernehmen. Reich, Staat und Gemeinden haben heute Lösungen vor dem Bankrott, und da sollen noch Mittel für ungenutzte Willkuren abgenommen werden. Die Behauptung des Herrn Dr. Kampffmeyer, daß das Bürgerrecht auf eine Sozialisierung warte, ist ebenfalls unrichtig, wie so viele andere seiner Behauptungen. Da er die ganze Angelegenheit von rein politischen Gesichtspunkten aus betrachtet, kommt er zu dem Plan einer derartigsten Sozialisierung, die auf das wirtschaftliche Wohlbefinden der Nation verfaßt ist. Wichtiger ist, daß wir Kohlen und Baumaterial bekommen, daß wieder gearbeitet wird zu einem Preise, daß man Wohnungen bauen kann. Der Hieb zur Arbeit muß an Stelle der Arbeitslosen in Wirklichkeit treten. Nur wenn wir neue Wohnungen bauen können und zwar durch das private Hauskapital, dann wird die Frage der Wohnungswesen befriedigend gelöst werden können. (Sehr großer Beifall.)

Als zweiter Referent über dieses Thema sprach Landtagsabgeordneter Geißler (Mannheim Zentrum). Auch er wies darauf hin, daß die ganze Frage der Wohnungspolitik ruhig und leidenschaftlos behandelt werden müßte. Es habe keinen Zweck, mit Schlagworten zu arbeiten. Durch Gründe müsse man überzeugen, wenn man etwas erreichen wolle. Es sei ein Zeichen von großer Kraft, daß der städtische Haushalt während des Krieges nicht unter der Last zusammengebrochen sei. Um so bedauerlicher sei es, daß nun der Grundbesitz zerstückelt werden solle durch unpolitische Pläne, die einzelnen Kommunen überlassen sind. Die Sozialisierung würde nicht nur die Grundbesitzer, sondern alle mit dem Wohnungswesen in Verbindung stehenden Leute sozialisiert werden, so daß wir nur noch Angelegte, oder keine

selbständigen Gewerbetreibenden mehr hätten. Das müßte auf das wirtschaftliche Leben verhängnisvoll sein.

Der Verband badischer Grund- und Hausbesitzervereine erklärte, daß er an der Befreiung der Wohnungswesen den lebhaftesten Anteil nimmt und an seinem Teile bereit ist, in jeder ihm möglichen Weise hierbei mitzuwirken. Er muß aber den Plan von Dr. Kampffmeyer zur Sozialisierung des Wohnungswesens auf das Entschiedenste ablehnen. Die Ausschaltung der selbstverantwortlichen Privatwirtschaft im Wohnungswesen und dessen Umstellung auf eine völlig neue und unversuchte Grundlage rufe schwere Störungen und Schwierigkeiten hervor und gefährde auf die Dauer die arbeitende Bevölkerung des Reiches, vergrößere also die Schwierigkeiten. Der wirtschaftliche Staat zur Bekämpfung der Wohnungswesen besteht darin, daß mit unübertroffener Besonnenheit die allseitigen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Bauwirtschaft geschaffen werden. Durch Abhilfe für Verkäufe von Grundbesitz in ausreichender Menge und zu entsprechenden Preisen und dadurch, daß das Interesse der Privatwirtschaft an der Befreiung und Verbesserung von Mietwohnungen wieder angeregt wird, durch genaue Berücksichtigung der Lebensbedingungen und durch Sicherung der Grundbesitze, an denen sie allein arbeiten kann.

Diese Entschiedenheit wurde Gegenstand einer längeren Besprechung, in der Herr Stadtratsmitglied Lagerberg-Forstheim sehr scharf gegen die Art der Behandlung der Sozialisierungspläne durch Herrn Dr. Kampffmeyer Stellung nahm. Er bezeichnete es als unethisch, daß ein Mann, der versucht ist, verständlich zwischen Mieter und Vermieter an unübertroffener Stelle zu wirken, die Hausbesitzer als moderne Kriegsgewinnler bezeichne. Er machte sich auch sehr merkwürdig, wenn ein Mann, wie Herr Dr. Kampffmeyer, der so scharf gegen den Wohnungsmangel vorgeht, selbst zwei Häuser besitze, von denen das eine, eine Villa in Reimsloß in Karlsruhe, leer stehe. (Sehr großes Geklapper.) Herr Ministerialrat Junghans führte in seiner Ansprache aus, daß das Arbeitsministerium den Wunsch habe, rascher als bisher Bauwirtschaft zu sehen. Ueber das Beibehalten der Regierung noch keine Stellung genommen, eine Entscheidung sei noch nicht gefallen. Nach weiterer Debatte wurde die vorgeschlagene Entscheidung einstimmig angenommen.

Dem Klassenbericht ist zu entnehmen, daß das Vermögen des Verbandes 222 K betr. Der Jahresbericht wurde ebenso wie der Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1918 einstimmig angenommen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand besteht aus 11 Mitgliedern. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Verhandlung wurde durch den Vortrag des Herrn Stadtratsmitglied Lagerberg-Forstheim über die Mietverhältnisse in Karlsruhe und Freiburg. Es wurde darin erklärt, daß für die Mietverhältnisse von den Mietwohnungsbesitzern der Stand der Mietverhältnisse vom Jahre 1914 als Grundlage angenommen werde. Der Reichsantrag wurde einstimmig angenommen. Der nächste Verbandstag soll in Freiburg abgehalten werden.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden gewählt: Th. Weihenböcker-Karlsruhe als 1. Vorsitzender, Altmann-Forstheim als 2. Vorsitzender, Stalger-Freiburg, 2. Redner und Herr von Dering-Forstheim als Rechnungsrat. Dem Vorstand übergeben wurde das Sekretariat zur Vermittlung von Güterverhältnissen. Die Rechnungsarbeiten des Verbandes wurden anerkannt, dagegen genehmigt, daß die Rechnungsarbeiten länger geschänkt werden, insbesondere beim Verkauf von Häusern Häusern und Grundbesitz, für die durch die Wertentwertung ein höherer Preis eingeholt werden müsse. Ferner wurde die Schaffung einer Hausbesitzerkammer dringend gefordert. Gegen 12 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Aus dem Lande.

Baden-Baden, 28. Juli. In der letzten Nacht wurde auf Veranlassung der Karlsruher Staatsanwaltschaft der hier in einem der ersten Hotels seit einiger Zeit bestehende sogenannte „Sportklub“ aufgehoben und die vorhandenen Bücher, Papiere und Gelder beschlagnahmt. Wie in einschlägigen Kreisen bekannt war, handelte es sich bei dem Sportklub um einen von verschiedenen Berliner „Branchenverbänden“ Herren gegründeten und finanzierten Spielklub, in welchem täglich aber besser gesagt täglich große Summen umgewechselt wurden. In Freiburg, 28. Juli. Die allgemeinen Ortskrankenkassen hier schließen für das Jahr 1918 mit einem Gehalt von 153 710 Mark ab.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

(Wiener Opernrevue.) Heute Wittmoach, den 30. Juli, 7 Uhr abends, geht die Johann Strauß'sche Operette „Wiener Blut“ zum letzten Male in Szene. Morgen Donnerstag findet die Aufführung von „Manzelli Ritouche“, Bouffonade in 4 Akten von Weillhae und Wanda, Musik von Hervé, statt. Die Titelfolle wird von Frä. Luise Tirich kriert.

Handel und Industrie.

Mannheimer Effektenbörse.

Die Börse verlief unschlüssig. Bank- und Industrie-Aktien ohne wesentliche Veränderungen. Interesse bestand für einzelne Brauereien und sind zu erwähnen: Durlacher Hof, Conter Feinbrot, Kleinlein Heidelberg und Ludwigshafener Aktienbrauerei-Aktien.

Wasserwärme des Rheins 18° C.

Mitgeteilt von Bade-Anstalt Herweck.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juli

Pegelstation von Rhein	Daten				Bemerkungen	
	25.	26.	27.	28.		
Hohenturm	3.81	3.75	3.81	3.78	Abends 6 Uhr	
Kell	4.03	3.93	3.90	3.77	Nachts 2 Uhr	
Wagen	3.85	3.87	3.71	3.68	Nachts 2 Uhr	
Waldhof	3.73	3.64	3.27	3.10	Borgens 7 Uhr	
Wald		1.81			F. d. 12 Uhr	
Kell					Vorm. 7 Uhr	
Waldhof					Nachts 2 Uhr	
Vom Neekar:						
Mannheim	4.80	4.78	3.07	3.20	3.00	Vorm. 7 Uhr
Hallewies	0.50		0.50	0.50	0.50	Vorm. 7 Uhr

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbefugter Hochdruck wird gerichtlich verfolgt. 31. Juli: Veränderl. warm. 1. August: Wenig verändert. 2. August: Teil Sonne, teil Regenfälle. Warmwind.

Witterungsbericht.

Datum	Barometrischer Stand morgens 7 Uhr mm	Temperatur mittags 7 Uhr Grad C.	Tiefste Temp. in der Nacht Grad C.	Wetter-bericht Lige auf 1000 m	Höhe des Wasserspiegels des Rheins in Mannheim	Wind	Bemerkungen
24. Juli	763.1	11.8	11.8	20.3	15.8	stl	trüb
25. Juli	760.6	12.0	11.5	4.3	12.5	stl	trüb
26. Juli	758.3	12.4	11.0	4.8	20.3	stl	trüb
27. Juli	758.5	12.8	12.6	1.0	17.0	stl	trüb
28. Juli	756.8	12.0	11.2	—	17.0	stl	trüb
29. Juli	757.7	11.8	11.4	0.4	18.5	stl	trüb
30. Juli	757.0	11.5	10.8	2.8	13.3	stl	trüb

Schluß des redaktionellen Teils.

Kopfwaschpulver
SALDO
GEBRAUCHS-ANLEITUNG

Offene Stellen

Wir suchen als Assistent für unsere Materialprüfungs-Anstalt einen

tüchtigen Analytiker

der imstande ist, Analysen auf Eisen, Metalle, Legierungen, Öle, Brennstoffe usw., selbständig auszuführen.

Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf und Zeugnisausschnitten, sowie mit Angabe der beanspruchten Bezüge und des Zeitpunktes, zu dem frühestens der Eintritt erfolgen könnte, werden erbeten an

Daimler-Motoren-Gesellschaft Stuttgart-Untertürkheim

Vertreter

zum Betrieb unserer neuen, patentamtlich geschützten Schakir Schnellordner für den bürgerlichen Bedarf gesucht.

Größere Generalagentur

der Lebens-, Unfall-, Haftpflichtbranche sucht branderfahrenen Bürobeamten

Installateure

welche bereit sind im Nebenberuf Installationsarbeiten, wie Nachsehen i. Kiosetanlagen bzw. Unterhaltungsarbeiten

Kaufmännisches Büro

sucht zum sofortigen Eintritt ein

jünger. Fräulein

welches flott stenographiert u. Maschine schreibt sowie in Registratur und allen übrigen kaufmännischen Arbeiten gut bewandert ist.

Architekturbüro

sucht jungen Mann mit guter Schulbildung als

Lehrling

Angebote mit vollständigen Lebenslauf und Eintrittstermin unter Y. E. 180 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

2. Kassiererin

zum sofortigen Eintritt gesucht. Nur Bewerberinnen, die perfekt in Stenographie und Schreibmaschine sind, wollen sich melden.

U. T. Lichtspiele, Mannheim

P 5, 23/24.

Fillialleiterin

aus der Schuhbranche, welche im Konsumverkauf besonders beliebt ist, gesucht.

Erstmädchen

welches die Küche und alle Hausarbeiten gut versteht, Beschäftigung in ca. 3-4 Tagen mögliches und braves

Gesucht

Sekretärin

mit gründlichen Kenntnissen aller Geschäftsvorgänge. Kenntnisse in geschäftlicher Statistik erwünscht.

Sie müssen

eine glänzende Empfehlung haben, besitzend überaus gute

Vertretung

meines gen. gesch. Wirt- und Privatartikels.

Junger williger Hausbursche

sofort gesucht.

Betzler, Konditor

Suchgrosshandlung sucht

kaufm. Lehrling

Ingenieur- oder Gewerbeschüler

Bürofräulein

welches perfekt in Stenographie und Schreibmaschine ist, bei dauernder Stellung sofort gesucht.

Mädchen

das vorzüglich zubereiten kann, von anständiger Familie

Tüchtig. Altemädchen

welches etwas vom Kochen versteht, ist od. ist. gesucht.

Mädchen

aus anständiger Familie, ist od. ist. gesucht.

Für Mitte September

Tüchtige Köchin

sehr sauber, für kleine Haushalt, 3 Pers., gesucht.

Hausmädchen

gegen hohen Lohn sofort gesucht.

Mädchen

gegen hohen Lohn sofort gesucht.

Putzfrau

gegen hohen Lohn sofort gesucht.

Stellen-Gesuche

Kaufmann

mit höherer Schulbildung, 30 Jahre alt, verheiratet, tüchtig und arbeitsfähig.

Lebensstellung

als Buchhalter, Büroassistent, Abteilungsleiter, Lagerist oder ähnlichen Vertunngsstellen.

Jüngerer Mann

der mit sämtlichen Büroarbeiten vertraut ist, in Stenographie und Schreibmaschine bewandert, sucht beständige Stellung.

Mädchen

aus guter Fam., sucht sich in best. Haushalt, auch noch im Kochen auszubilden.

Tüchtige Kontoristin

bewandert in allen vorerwähnten Verrichtungen, Schreibmaschine u. sucht geeigneten Posten.

Verkaufe

Alle Künstler-Geige

Fabrik-Anlage

bestehend aus einem großen massiven, 3stöckigen Hauptgebäude und verschiedenen Nebengebäuden, 400 qm großen prima Kellerräumen, Büro usw.

Wohnhaus am Ring

mit freiverwendender 5 Zimmerwohnung, besten Keller aus Gesundheitsgründen auf Land ziehen

Umzugshalber zu verkaufen:

1 neue Schreibmaschine, 1 fast neuer Handwagen, 1 Dezimalwaage, 1 Maßfüßel, 1 Hund Döbermann, (Prachtexemplar).

75 Stück

Öl- u. Fettfässer

zu verkaufen.

Schweizer & Co. Ladenburg.

Pelzmantel

gut erhalten, preiswert abgegeben.

Daner-Wohnhäuser

verf. Größe, überallhin, auch aufs Land, in kurzer Zeit lieferbar.

Wohnhaus

Städte, mit Licht, Garten, Stadel, etc., umfänglich, zum Verkauf.

Villa

Ortschaft zu verkaufen, falls moderner 3-4 Zimmerwohnung

Haus

Städte mit Gärten, mit a. g. und e. h. Boden zu verkaufen.

Wohnhaus am Ring

mit großen Wohnungen, guter Lage, Zentrum der Stadt zu verkaufen.

Haus

mit freiverwendender 5 Zimmerwohnung, besten Keller aus Gesundheitsgründen auf Land ziehen

Geschäft

für jeden Zweck geeignet, in guter Lage, Zentrum der Stadt zu verkaufen.

Sitz-Badewanne

aus Granit mit veredeltem Holz und Metallarbeiten für 2 Personen.

2 Schreibmaschinen

erhältl. amer. sofort nur an Selbstverwendende abgegeben.

1 Schlafzimmer

mit neuem Komplet und ein großer Schrank.

Fünf Teppiche

schöne Muster, versch. Größen, bei preisw. abzugeben.

2 Pelzmäntel

Bodenreinigung, Bekleidung, etc., etc.

2 neue Stoffdiwan

büßig zu verkaufen.

25 Küchen-Einrichtungen

geschmackvolle, neue Modelle, solide Ausführung, preiswert zu verkaufen.

Gefälliger Salon

zu verkaufen.

3flamm. Gasherd

gut erh., sehr schön, neu, für 3 Pers. (Gaz.) billig zu verk.

Motorrad

2 1/2 PS, N. S. U., ohne Versicherung zu verkaufen.

Damenrad

10er, 8-King gr. Fig. 3 m. Dichtung, 1. gear. Hebe neu u. fl. fl. 1. Diebstahlsicher zu verk.

Original-Opel-Rad

mit la. Schlauchreifen zu verkaufen.

1 Herrenfahrrad

mit freier Lauf- und Freibrücken zum Verkauf.

Getragene Herrenkleider

billig zu verkaufen.

Sofa 6. Spiegel- u. Gaspandel

zu verkaufen.

Goldene Herrenuhr

585 gsch., prima Werte zu verkaufen.

Badewanne m. Gaszund.

1 Büste mit Untergestell

Stutz-Flügel

erhältl. Firma, prächtig im Ton zu verkaufen.

Photographen-Apparat

2012 preiswert zu verkaufen.

Pitch-pine-Küche

preiswert zu verk.

Achtung!

Teilen, Böden und sonstiges Holzwerkzeug, alles neu, preiswert zu verk.

Stappmaschine

(Ginger), zu verk.

Guterhaltener Mantelofen

Gut-Original-Substrat für ein großes Zimmer geeignet zu verkaufen.

Mehrere Hasen

neue, weiße zu verk.

Schlafzimmer

Speisezimmer und Küchen

Büffigste Preise.

Günstige Sachen werden gratis gelagert.

Möbelhaus

Lippmannstr.

F 2, 8 Mannheim

Telephon 5038.

Kunden in geschützter Position auf Wunsch Zahlungsvereinfachung

1 Speisezimmer, pol.

1 Schlafz. - Schlafzimmer 1 Tisch - Stühle 1 Kamin, J. I. S.

Möbel.

1 komplettes Schlafzimmer, 1 Kompl. Tisch - Stühle, etc.

1000 Künstlerkarten

billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. Baum

Ein Speisezimmer

bekannt aus Bielefeld, Ardenburg, etc.

Gelegenheitskauf

Reines altes Speisezimmer

Speisezimmer

mit 6 Beisitzstühlen preiswert zu verkaufen.

Kisten

ca. 50 Stk., Größe 120x80x60 cm., aus 14 mm starken Brettern zu verkaufen.

Handelsdruckerei Katz

Wegen Umzug

supple mein Lager in Kellertor, etc.

Schöne massiv u.

Schlafzimmer

weiße u. pich-pine-Küchen

Möbelschreiner u. Möbelschäft

Laden P 2, 7

Photographen-Apparat

10x15 mit Zubehör, zu verkaufen.

Korn

zu verkaufen.

Zwei Jg. gute Milchziegen

zu verkaufen. Kynosheim

